

Blattentwurf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Blattentwurf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Verkaufspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark, durch die Post bezogen 2,60 Mark. Druck: Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H. Halle, Vertriebsstraße 14.

Anzeigenpreis: 12 Pf. für den mm Höhe und Breite; 20 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Vertriebsstraße 14, Tel. (Roth) 21045, (Blau) 21047, (Roth-Blau) 22251. Telegramm-Adresse: Blattentwurf Halle. Verantwortliche: Kommerz- und Finanz-Rat Halle. Verlagsdirektor: Otto von 1065 48 Röhre, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 21. November 1927

7. Jahrgang * Nr. 273

Deterding finanziert die Sowjetnotenfälscher

Die georgische Fälscherbande im Dienste des englischen Imperialismus

200 000 Frank für Antikowjethebe

Wofür die Großindustrie Geld hat — Korruptionssummen für die Pariser Presse

(Eig. Meld.) Berlin, 21. November.

Wegen den Fälschungen großer Massen russischer Fälscherwährungen hinter denen als stiftender Förderer der englische Petroleumindustrie Deterding steht, steht jetzt wieder in Paris jetzt eine neue große antipetrolarische Hebe in Gang, indem er die bürgerliche Presse durch Korruptionsummen besticht. Die „Zeitungskritiken“ melden dazu aus Paris:

„Nur noch der neuernannte Nachfolger Kowoffis, Dr. Domgalewski, auf seinem Posten in Paris eingetretet, hat schon ein neuer Kampf der den Desapitalisten gegenübernden Presse auf den neuen Mann begonnen. Augenblicklich zeichnet sich dabei besonders der „Figaro“ aus. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Administration des „Figaro“ ihre notwendigen Geschäfte für Henry Deterding ausbittelt und man spricht hier von großen Beträgen, die der „Figaro“ bereits erhalten haben soll, wobei eine Ziffer 200 000 Franken genannt wird.“

Die Korrespondenz Sachverständigen weiß über die Vorgeschichte der Fälschungen Petroleum, die politischen Zusammenhänge der Angelegenheit mitzuteilen. Schon im Jahre 1925 kamen im Auftrag des Pariser Antipetrolarischen georgischen Komitees Karandje und Baron von Steinhelm nach Deutschland, wo sie, insbesondere in München, mit Reichsbeamten in Verbindung traten. Später kam nach der Oberleitung des Pariser Komitees, Kedia, nach Deutschland und trat unter anderem mit dem inwärtigen verordneten als Antipetrolarischen Komitee General Hoffmann in Verbindung.

Im Sommer 1926 luden die beiden Gelehrten, Kedia und Karandje mit General Hoffmann nach London, wo sie von dem Direktor der englischen Royal Dutch Co., Sir Deterding, bereits erwartet wurden.

Die Verhandlungen mit Deterding drehten sich um die finanzielle Unterstützung der georgischen Antipetrolarischen Komitee im Interesse der englischen Petroleumpolitik. Im Frühjahr 1927 fanden erneut Verhandlungen der georgischen Antipetrolarischen mit dem englischen Kapitalsinteressen und antipetrolarischen Vertretern statt.

Auf diese Beratungen wurde von einem großen Kapitalskongress (gemeint ist Deterding's englische Royal Dutch Company) den georgischen Antipetrolarischen für ihre Tätigkeit gegen die Sowjetunion eine Geldunterstützung in Aussicht gestellt.

Diese Korrespondenz weiß zu berichten, daß die georgische Antipetrolarische Organisation zur Schädigung der Sowjetunion durch eine großartige Fälscherbande eingeleitet und durchgeführt wurde. Die georgische Fälscherbande ist über ganz Europa verbreitet. Zu dem Verbreitungsapparat gehören der in der Affäre der georgischen Ingenieur Weder, ein anderer Münchener Ingenieur, der die Balkanländer zu bearbeiten hatte, die obengenannten Gelehrten, Kliden und nationalen Kreisen, unter ihnen auch ein gewisser Schneider, früherer Redakteur der Buchdrucker „Bermonne“ in München, in der vorläufigen Broschüren gedruckt wurden, eine Hauptfigur in der bawerischen Einwohnerwehr und der nationalsozialistischen Bewegung.

Eine Berliner Arbeiterliche Abendzeitung weiß noch zu berichten: „Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Finanzierungsarbeiten für die Fälschungen weit über 150 000 Mark betragen haben.“ Die Berliner Unterweltbehörden sind der Auffassung, daß die georgische Fälscherbande nicht ein gemeinliches Fälscherbande ist, sondern, daß sie im Zusammenhang mit großen politischen Absichten steht.

In Berlin werden voraussichtlich heute oder im Anfang nächster Woche einige englische Persönlichkeiten verhaftet werden, die im Petroleumhandel eine Rolle spielen. Im Zusammenhang mit der Affäre wird wieder der Name Deterding genannt, einige der bevorstehenden Verhandlungen sollen Persönlichkeiten betreffen, die mit Deterding's Shell-Gesellschaft in geschäftlicher Verbindung stehen. So wird angenommen, daß die Aufhebung der Fälscherzölle zu Bewilligungen führen wird, die auch in das diplomatische Gebiet hineinreichen.

Die neuen Entdeckungen über die Zusammenhänge der Fälscherbande, die wirtschaftlich sind, zeigen, daß ihre Fäden zu Deterding, dem in der englischen Regierung, führen. In ihrem Benehmen, wurden die reichhaltigen Fälscherwährungen vornehmlich durch die sowjetrussische Wirtschaft zu desorganisieren, die Antipetrolarische Bewegung zu erschüttern und die Antipetrolarischen Organisationen im georgischen Kapitalsgebiet zu finanziieren. Es ist kaum zweifelhaft, daß auch die georgischen Sozialdemokraten an der Affäre mitbeteiligt sind, in es bekannt, daß sie in ihrem Brief an Kautsky die Zusammen-

arbeit mit dem englischen Imperialismus zum Sturz der Sowjetregierung offen eingestanden haben. Verschiedene Fäden der Affäre laufen außer nach London und Paris auch nach den Münchener Reichsstellen, nach Budapest und Madrid. Unter den Fäden der georgischen Fälscherbande befindet sich der georgische Prinz Nestor Gischaw, ein Kaufmann Simanowitsch, früherer Sekretär Rasputins, und ein russischer Kaufmann Goshalocowali in Paris. Unter den in Deutschland Verhafteten befindet sich u. a. der fürstlich Thurn- und Taxis'sche Hofrat Dr. Kallette, der ebenso wie die verhafteten Weber und Boehle zu den östlichen Kreisen gehört.

Hierzu melden bürgerliche Blätter noch: Dr. Weber in München und dem Buchdrucker Boehle sowie einem dritten Mann in Breslau spiegelte der Gelehrter vor, daß er die Affäre habe, ein Buch über die Komplotte der Wälscher in im Kaufhaus herauszugeben. Die Druckerei zur Verfertigung wollte



Fälscherwährungen Weber

8700 Zeitungsleser

hat der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, in den letzten drei Monaten verloren. Mehr als doppelt so viel hat die kommunistische Presse bisher gewonnen, obwohl viele Ortsgruppen und Betriebszellen noch keine Werbearbeit geleistet haben.

Am kommenden Sonntag

ist nochmals Grobwerbetag und allen Parteiorganisationen Gelegenheit gegeben, Nachlese zu halten oder Veräumtes nachzuholen. Die Organisationsleitungen müssen sofort alles vorbereiten.

Alle Parteimitglieder, heraus zur Werbearbeit!

er selbst leitete. Boehle empfahl ihm eine kleine Druckerei in Frankfurt a. M., wo der Gelehrter dann mit Landesleuten arbeitete.

Boehle wurde unter dem Verdacht der Feilsche am 18. Oktober verhaftet. Er steht im Verdacht, das Wasserzeichenpapier vermittelt zu haben. Auch Dr. Weber und der dritte Mann in Breslau sind vorläufig festgenommen worden. Daß der Gelehrter mit Landesleuten im Ausland in Verbindung stand, geht u. a. daraus hervor, daß er einen Teil der unter fälscherischen Bedingungen erlangten Druckfrüchte nachweislich ins Ausland geschickt hat.

Der im Zusammenhang mit den Fälscherwährungen in der Nähe von Breslau Verhaftete ist ein Hofrat Dr. Kallette, ein Freund Dr. Webers. Kallette wurde auch von Weber mit Sadaftiererschiff in Verbindung gebracht. Kallette hat dann feinerseits wieder die Verbindung zwischen diesem und dem Buchhändler Boehle vermittelt. Aus welchem Grunde Kallette, der in Frankfurt seinen Wohnsitz hat, nach Schloffen gereist ist, ist noch nicht geklärt.

In elf Tagen zu Fuß nach London

Arbeitslose Bergarbeiter demonstrieren gegen Baldwin

(Eig. Draht.) London, 20. November.

Die arbeitslosen Bergarbeiter des Grubenbezirkes Wales, die auf ihrem Marsch nach London gefahren in den Vorstädten eingetroffen sind, hielten heute Nachmittag mit 20 000 Mann und Begleitern von mehreren Arbeiterverbänden und kommunikativen Organisationen, ihren Einzug in die innere Stadt. In einer Massenversammlung auf dem Trafalgar-Platz hielt der Bergarbeiterführer Cool eine Rede, in der er die Regierung Baldwin in scharf angegriff. Die Bergarbeiter seien nach London gekommen, um Baldwin den Abschied zu geben. Baldwin müsse gehen. Cool erklärte, in dem gegenwärtig herrschenden Klassenkampf dürfe man sich nicht auf Rechte beschränken, sondern man müsse durch weiteren Ausbau der Arbeiterorganisationen den Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiterklasse unmöglich machen. Darauf marschierten die Bergarbeiter durch die Hauptstraßen der Stadt und demonstrieren vor der Abnennung der konservativen

Zeitung. Aus dem Demonstrationszuge erklangen die Rufen der Arbeiter: „Hoch die soziale Revolution! Nieder mit der Monarchie!“

Dunkle Pläne im Reichswehrministerium

(Eig. Draht.) Berlin, 21. November.

Der Befehlshaber der Reichswehr, General Heine, ist von seiner Amerika-Reise zurückgekehrt. Daß dieselbe nur eine Propaganda-Reise für den neuesten Imperialismus gewesen ist, aufs neue bestätigt.

Aus dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ erfährt man von einigen Beratungen zwischen dem Finanzminister Brücker und dem Reichswehrministerium über die Deutung der Reichsausgaben, die die Reichswehr für das Jahr 1928 fordert. Angeblich soll es sich nur um die Erhöhung der Besoldung für die Herren Offiziere handeln, die baldigst in den Genuß ihrer erhöhten Gehälter, die weit über den Rahmen der allgemeinen Besoldungsreform hinausgehen, kommen sollen.

Nach einer Meldung der „Zeitungsnachrichten“ handelt es sich jedoch bei dieser Verhandlung der beiden Ministerien nicht um die Gehaltserhöhung der Offiziere, sondern auch darum, wie man „eine außerhalb der Besoldung liegende Vermehrung der Mittel vornehmen könne“. Man will im Reichswehrministerium jedoch erst das Ergebnis der von meritaufbau des Chefs der Seereserve abwarten. Man glaubt, daß diese Reife etwa 100 Millionen Mark wert ist, die aber nicht für die erhöhte Besoldung, sondern für die Protektion des Seereservevermögens verwendet werden sollen.

Die Furcht vor dem Kommunismus

(Eig. Draht.) Berlin, 21. November.

Die Bürgerbüro-Regierung hat sich erneut eine freche Propaganda gegenüber der deutschen Arbeiterklasse erlaubt. Nachdem sie vor einiger Zeit der russischen Arbeiterdelegation die Verlängerung ihrer Reise verweigerte und sie zur vorzeitigen Abreise zwang, hat sie trotz des einmütigen Protestes, den damals die Arbeiterklasse erhob, jetzt ihre Propaganda wiederholt. Zur Konferenz der Internationalen Arbeiter-Gläubigen sollen auch die Delegierte aus der Sowjetunion erscheinen. Statt ihrer kam ein Telegramm der deutschen Sozialisten in Moskau. „Vorläufiger Antrag auf Einreise“ brachten zur Konferenz der Internationalen Arbeiter-Gläubigen in Berlin tau die Sozialisten nicht beklümmert werden.“

Breht die Diktatur der Dawes-Kredite!

Der Kampf im Eisenbahnausbesserungswerk Halle noch nicht beendet

Nachdem am Freitag durch den Druck der Belegschaft die beiden gemäßigten Kollegen wieder eingeleitet werden mußten, wurden diese am Sonnabendmorgen um 10 Uhr zum zweiten Male striktlos entlassen. Daraufhin legten die Dreherei und der elektrische Schuppen geschlossen die Arbeit nieder, verblieben allerdings im Betrieb. Erneute Verhandlungen über die Forderungen der Belegschaft verliefen ergebnislos. Heute sollen nun unablässig Verhandlungen zwischen dem Hauptverband des Eisenbahnerverbandes und der Hauptverwaltung stattfinden. Die Belegschaft hat bis zum Ablauf dieser Verhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen. Bericht über die Verhandlungen wird es folgen werden.

heute abend 7 1/2 Uhr in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung im „Volkspar“

Eisenbahner, laßt nicht länger mit Euren Interessen Schindluder treiben! Zeigt der Verwaltung, daß Ihr gewillt seid, Ihre Forderungen zu kämpfen! Besucht zeitlos die heutige Versammlung!

Unerhörte Klassenurteile

Wägen der bayrischen Justiz gegen Arbeiter

(Eig. Meld.) München, 18. November.

Heute wurden in dem „Vandriedensgerichts“-Saal gegen die Arbeiter, die sich gegen den nationalfeindlichen Ueberfall zur Wehr gesetzt hatten, unerhörte Klassenurteile gefällt. Der 18 Jahre alte Karl Scholl wurde zu vier Jahren Gefängnis, Hubmaier zu einem Jahre und sechs Monaten, Schmidt zu zwei Jahren und sechs Monaten, Stelzlechner zu zehn Monaten, Gebel zu acht Monaten und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen zwischen drei und sieben Monaten verurteilt.

Dem Massendruck nachgegeben . . .

Anlageerhebung wegen des Brenndorfer Totschlägs

(Mitt.) Berlin, 19. November.

Bei der Amtliche Preussische Preßsicht mittelst, hat der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. O. nach Entsch der Voruntersuchung nunmehr gegen den Landwirt August Schmeißer wegen Totschlägs an zwei Reichsbannerangehörigen und verurteilten Totschlägs an weiteren Reichsbannerangehörigen sowie gegen den Landwirt Paul Schmeißer (Vater) wegen Anstiftung zu der Tat seines Sohnes Anklage erhoben und die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schounggericht in Frankfurt a. O. beantragt. — Man braucht auf den Ausgang des Prozesses und des Strafvollzuges wohl nicht gespannt zu sein.

Nieder mit der Reaktion!

Berliner Kundgebung gegen die Kulturreaktion

(Eig. Draht.) Berlin, 21. November.

Gestern fand in Berlin eine große Kundgebung gegen die Kulturreaktion, gegen das drohende Reichstagsauflöschen und die preußischen Konföderationsverhandlungen statt. Genosse Dr. Ausländer charakterisierte in einer wirkungsvollen Rede die Kulturreaktion als einen gefährlichen politischen Schlag an gegen die Republik. Genosse Dr. Altmann und Genosse Dr. Schindler erklärten, daß zur Erreichung dieser Ziele nur die Revolution genügt, wobei die Verwirklichung der Forderungen der Arbeiter, wie Millionen hinauszuwerfen. In Berlin kommt erst am 20. November ein Wahlaufruf der kommunistischen Partei an, es 3000 Arbeiter einen Wahlaufruf, wurde wegen angeblichen Geheimnisses abgelehnt. Es sprach noch Genosse Dr. Schindler, Theodor Dieckmann und Ernst Meißner. Eine Resolution zum Kampfe gegen das Reichstagsauflöschen, die preußischen Konföderationsverhandlungen und den Sozialverrat gegen den Reichstag Johannes R. Becker wurde einstimmig angenommen. Die Resolution fordert die gesamte deutsche Arbeiterpartei zum Massenstreik aus der Kirche und zur Erhöhung des Widerstandes gegen den Bürgerkrieg auf.

Freiwerkwahlrechtlicher Sieg in Weihenfels

Bei der gestern stattgefundenen Wählerwahl zum Ausschuss für die U. O. R. Weihenfels (Stadt) wurden folgende Stimmen abgegeben:

Liste 1: Gemeindefreie (Gef.)	186
Liste 2: D.D.S.	127
Liste 3: Christlich	131
Liste 4: Vereing. Arbeiter und Angestellte (S.P.D.)	570
Unültig:	8

Wir kommen auf das Ergebnis noch zurück.

Beendigung des Textilarbeiterstreiks in Süd-Hannover

(Mitt.) Göttingen, 19. November.

Der vor 14 Tagen in Süd-Hannover ausgebrochene Textilarbeiterstreik ist beendet. Unter Vorbehalt des künftigen Schlichters einigten sich Arbeiter und Arbeitgeber dahin, daß eine 11-prozentige Lohnerhöhung gewährt wird. Diese Lohnerhöhung tritt ab dem 1. Dezember zum 31. Oktober 1922 mit der Maßgabe in Kraft, daß für alle Arbeiter in den von 49 Stunden an ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt wird. Inhalt dieser Vereinbarung ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Die von den Arbeitgebern ausgeprophete Kündigung ist aufgehoben.

Unterstützt die kämpfende Zigarrenarbeiterchaft!

Sie ist es Aufgabe der Gemeinde, ihren bedrängten Gemeindegliedern zu helfen. Der Stadtrat beschließt daher, aus dem Kapitel Wohlfahrtswesen Mittel zur Verfügung zu stellen und die durch diesen schweren Kampf in bedrängte Lage Geratenen zu unterstützen.

Unter dem Druck eines erschütternden Anlagematerials gegen die ausserparlamentarischen Unternehmungen hat in seiner Mehrheit aus der ersten Vertretenenversammlung der Stadtrat beschlossen, den kommunistischen Antrag als beschließend anzuerkennen. Selbst die bürgerlichen Räteurteilten, die die Angelegenheit der Tabakfabrik unter dem Druck der kommunistischen Dringlichkeit annehmen. Weiterhin wurde beschlossen, daß die Anwartschaft in der Krankheit und Invalidenversicherung durch „Lohnersatz“ der Zeitkräfte auf die Wohlfahrtswesen der Tabakfabrik übertragen. Einmütig wurde der kommunistische Dringlichkeitsantrag angenommen. Weiterhin wurde beschlossen, daß die Anwartschaft in der Krankheit und Invalidenversicherung durch „Lohnersatz“ der Zeitkräfte auf die Wohlfahrtswesen der Tabakfabrik übertragen. Einmütig wurde der kommunistische Dringlichkeitsantrag angenommen. Weiterhin wurde beschlossen, daß die Anwartschaft in der Krankheit und Invalidenversicherung durch „Lohnersatz“ der Zeitkräfte auf die Wohlfahrtswesen der Tabakfabrik übertragen.

Die auf kommunistische Initiative durchgeführte Unterstützung für die kämpfende Zigarrenarbeiterchaft wird nach dem bisherigen Beispiel überall Widerhall finden und zu gleichen Maßnahmen führen.

Solche Schritte für die Unterstützung der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Einrichtungen zugunsten einer militärischen Unterstützung der Zigarrenarbeiterchaft entbehrt keineswegs die Unterstützung der öffentlichen Meinung, als erste eine großartige Unterstützung und Solidaritätswort für die kämpfende Zigarrenarbeiterchaft im ganzen Reich durchzuführen. Wo selbst bereits der Gesamtverband der öffentlichen Einrichtungen einen Aufruf zum allgemeinen Unterstützungserlösen hat, ist es Aufgabe des D.D.S., sofort in gleicher Richtung alle erforderlichen Schritte einzuleiten.

An der kämpfenden Zigarrenarbeiterchaft liegt es, diese Forderung zu erheben und in ihren Gemeinwesen durchzuführen, damit die Zigarrenarbeiterchaft freigesetzt wird vom Kampfe herangezogen und die Schmarfmacher auf die Knie gezwungen werden.

Trotz des Verlustes von Reichsverband „Deutscher Zigarrenarbeiter“, die gesamte Zigarrenarbeiterchaft von insgesamt mehr als 120.000 Arbeitern am 12. November aus Straßensplänzen zu werfen und die durch die U. O. R. auf die Knie zu werfen, ist dies nicht gelungen. Eine ganze Anzahl allerdings kleinerer Zigarrenfabriken führt sich nicht diesem Auslieferungsbefehl, sondern handelt dagegen, trotz aller androhten Konfiskationsmaßnahmen und ihrer gerichtlichen Entziehung durch den obigen Verband.

Während also die Unternehmer in der Durchführung des Auslieferungsbefehls nicht einhellig ist, sondern schwankt, sind die Arbeiter der Tabakfabrik nicht um so geschwächerter gegen den Auslieferungsbefehl des Reichsverbandes der Deutschen Zigarrenarbeiter. Einmütig haben die organisierten und unorganisierten Tabakarbeiter zusammen, um die Pläne des Schmarfmachers zu verhindern zu machen. Folgendes glänzende Beispiel in Thüringen für die Gewinnung der gesamten Öffentlichkeit und der öffentlichen Einrichtungen zugunsten der kämpfenden Zigarrenarbeiterchaft zeigt den Weg, wie auch in den übrigen von der Auslieferung der öffentlichen Zellen Deutschlands mit allen Mitteln die Unterstützung für die kämpfende Zigarrenarbeiterchaft mobilisiert werden muß.

Die kommunistische Partei in Thüringen brachte in der letzten Stadtratssitzung durch ihren Vertreter folgenden Dringlichkeitsantrag zugunsten der ausserparlamentarischen Zigarrenarbeiterchaft ein:

„Trotz des brutalen Vorgehens der Unternehmer in der Tabakfabrik ist auch in Thüringen die Arbeiterchaft in der Zigarrenindustrie ausgebeutet und erpresst worden. Durch die hohen Lohn-Verhältnisse, welche von den Fabrikbesitzern gegen die Arbeiterchaft trotz, enthält nicht einen einzigen Arbeiter, der im eigenen Falle die Unterstützung der ausserparlamentarischen Arbeiterchaft zuzieht. Es zeigt sich hier ganz klar, daß das Erwerbseinkommen der Arbeiterchaft ein Mittel für die Unterstützung der Unternehmer im diesem Falle wird ihnen die Unterstützung verweigert.“

Die Korruption des Ministers Schiele

Unter dieser Arbeiterchaft beschäftigt sich die propagandistische „Deutsche Tageszeitung“ vom 16. November mit der Frage, ob Minister Schiele durch seine Beteiligung an der Stärkefabrik Scholle A.-G. in Brandenburg durch die von ihm besonders forcierte Maiserhöhung einen Vorteil habe. Natürlich erklärt das Verborgene von Schiele, daß er persönlich nur Nachteil habe, daß die Fabrik den Mais nur teurer einkaufen müßte. Demgegenüber müssen wir schon behaupten, daß die Fabrik und der Minister beide immens verdient haben, die Lohnerhöhungen als Anlaß zu ganz gewaltigen Preiserhöhungen zu benutzen, und gerade die Stärkefabriken haben dabei keine rühmliche Ausnahme gemacht.

Außerdem bringt die Maispreiserhöhung auch eine Erhöhung der Futtermittelpreise. Herr Schiele ist auch daran interessiert, kann er sich nicht nur Unzulänglichkeiten, sondern auch Kitzelgüter zu erhöhen und somit noch höhere Futtermittelpreise zu erzielen. In diesem Falle noch bevorzugen die Arbeiter herauszuweisen. Sogar kommt, daß die Verteuerung der Maisstärke auch Erhöhung der Preise für Kartoffelfläcke und damit die Kartoffeln überhaupt im Gefolge hat. Herr Kitzelgüterminister Schiele hat auch daraus nicht unbedeutenden Vorteil.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, Schiele habe von der Maiserhöhung keine persönlichen Vorteile, deshalb könne nicht von Korruption gesprochen werden. Nach unserer Meinung haben Schiele persönlich Vorteile — aber die Konsequenz daraus auszusprechen, verbietet das Republikgesetz.

Zur Nachahmung in Deutschland empfohlen

Das Organ des Bayerischen Bauernbundes, das „Landauer Volksblatt“ berichtet in Nr. 257:

„Die Sozialistische Bewegung hat anlässlich des 10. Jahrestages . . . durch ein besonderes Dekret den Bauern und Arbeitern die rückständigen Steuern erlassen. — Zur Nachahmung auch in Deutschland empfohlen.“

Wir wollen noch hinzufügen, daß die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes im Reichstage regelmäßig gegen kommunistische Anträge stimmen, in denen für Arbeiter und wertvolle Bauern die Beilegung der drückenden Steuerlasten verlangt wird.

Jort mit der Umsatzsteuer!

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 12. November 1922 folgenden Antrag eingebracht:

Antrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Umsatzsteuer

Artikel I.

Das Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919, in der Fassung der Gesetze vom 8. April 1922, 20. März 1923, 25. Juni 1923, 10. August 1925 und 31. März 1926 (Steuernänderungsgesetz) wird aufgehoben.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt am 1. des Monats, der auf seine Verkündung folgt, in Kraft. Im Falle der Abänderung:

- dem § 13 des Umsatzsteuergesetzes folgende Fassung zu geben: Die Steuer beträgt bei jedem körperschaftlichen Umsatz 0,5 Prozent des Entgelts;
- im § 2 des Umsatzsteuergesetzes wird folgende Ziffer 1 d) eingefügt: 1 d) Die Umsätze in Lebensmitteln sind steuerfrei;
- dem § 2 Ziffer 10 b) ist folgender Absatz anzufügen: § 2 Steuerfrei ist der Eigenverbrauch selbstverbraucher Lebensmitteln in solchen landwirtschaftlichen Betrieben, die in der Regel ohne fremde Arbeitskräfte betrieblässig werden (Samenbetriebe);
- im § 2 Ziffer 11 folgende Fassung zu geben: 11. Bei den Gemeindefreien, die einem Reichsverband angehören, und die der gemeindefreien Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder den gemeindefreien Einkauf von Waren für die Genossen oder der Herstellung von Gütern für die Genossen dienen, ist steuerfrei derjenige Teil des Umsatzes, der dem durch die Erzeugnisse und für die Herstellung der Güter gebührend Entgelt entspricht. Das gleiche gilt bei den in ihrer Hauptbetrieblässig bei Zentralen der Gemeindefreien wirkenden Gemeindefreien, Gesellschaften m. b. H. und Aktiengesellschaften, deren Geschäftstätigkeit ausschließlich und doch überwiegend in dem Geschäftsbereich der Gemeindefreien liegt;
- im § 9 folgende Ziffer 13 anzufügen: 13. Gemeindefreie und sonstiger Gemeindefreie, deren Hauptbetrieblässig in dem Geschäftsbereich der Gemeindefreien liegt, sind steuerfrei.

Die Umsatzsteuer ist genau wie die Lohnsteuer eine der niederträchtigsten, menschenfeindlichen Milliardensteuern, die es in der Vorkriegszeit nicht gab. Die Umsatzsteuer ist ein Kriegsgeld. Sie ist aber erst unter der Regierung der Weimarer Republik im Jahre 1919 zu der Haupterwerbsteuer geworden.

als die sie jetzt wirkt. Erheber und die sozialdemokratischen Minister des Jahres 1919 schufen neben der Lohnsteuer als Stütze der Republik auch das heilige Umsatzsteuergesetz. Der gegenwärtige Ertrag soll 900 Millionen im Jahre erreicht wird, ist noch nicht ein Milliarde erreicht. In den Jahren nach der Stabilisierung brachte die Umsatzsteuer jährliche Beträge zwischen 1 und 2 Milliarden pro Jahr.

Der Kampf gegen die Umsatzsteuer war lange Zeit ein unmittelsbarer Kampf gegen die sozialdemokratischen Steuerpolitik. Sie waren es, die zusammen mit dem Zentrumspolitik die höchsten Sätze der Umsatzsteuer vertraten. Unter der Regierung des Finanzministers Hermes schlug a. B. der sozialdemokratische Abgeordnete Bernheim im Steuerausschuss vor, die Umsatzsteuer auf 2½ Prozent zu erhöhen. Man brachte damals sogar eine Regierungsvorlage auf 3 Prozent. Wenn der Steuerantrag schließlich beim Uebernahm von der Fiktion zur Stabilisierung 2 Prozent betrug, so nur deshalb, weil ich letzten Endes auch Großindustrie und Großhandel gegen eine so kurze Vorbelastung, die sich in Preiserhöhung auswirken müßte, nur Wehr setzten, weil die Konturrechtsfähigkeit auf dem Weltmarkt für die deutsche Produktion damit in Frage gestellt worden wäre.

Im Laufe der Steueranbahnendebenen der Stabilisierungsperiode ist es entstanden immer neuen Methoden die Steuer auf 1 und schließlich auf 0,75 Prozent herabzurufen. Daß die Steuer aber zu niedrigeren Sätzen erhoben werden kann, bewies die Vorlage des Finanzministers Reinhold, der eine Steuer von 0,6 Prozent vor 1½ Jahren für ausreichend hielt. Die Ministerpräsidenten, die der erste Entwurf von 0,75 Prozent bringen soll. Diese Milliarde ist eine ganz notwendige Wertvermehrungsmaßnahme. Sie wird vollkommen durch Erhöhung der Preise von den Käufern der Waren erhoben. Wenn dieses massenbelastenden, verteuern Charakters hat die kommunistische Fraktion erneut die völlige Beilegung der Steuer beantragt. Da damit verbunden werden müßte, wie bisher, Währungsänderungen und S.P.D. für die Beilegung der Umsatzsteuer eintraten, so hat unsere Fraktion eine Reihe von Centralanträgen gestellt, durch die eine allgemeine Ermäßigung der Steuer als auch die Befreiung verschiedener Artikel, wie Lebensmittel und Gemeindefreien, von der Umsatzsteuer erreicht werden sollen.

Die am 12. November 1922 in der Reichstagsfraktion kämpfenden Arbeiter, Angestellten und Bauern haben ein dringendes Interesse daran, gerade diese Steuer zu beilegen. Es darf deshalb keine Gemeindefreienvereinbarung und keine Betriebsvereinbarung vorgehen, ohne daß zum Zweck der Beilegung neben den Forderungen auch die Beilegung der Umsatzsteuer gefordert wird.

Als Voraussetzung für die Maßnahmen der Sozialpolitik bei den aufstrebenden Arbeiterpartei in der Revolution 1917/18 in Deutschland eine Politik zugunsten der Arbeiterchaft geführt werden soll, dann muß in erster Linie das beachtet und nachgeachtet werden.

Eine opportunistische Entgegnung

In Wiesdorf, Bezirk Niedersien, wurden die Genossen Paul und Specht zu unbedeutenden Abgeordneten der Stadt gewählt. Eine Beilegung ihrer Wahl ist heute noch nicht eingetroffen, vielmehr kämpft der Zentrumsbürgermeister gegen die Beilegung. Gleichzeitig unternahm dieser laubere Patron Schritte, um unter Genossen zu distanzieren und sie in Gegenwehr zur Partei zu bringen, indem er von ihnen die Abgabe folgender Erklärung verlangte:

„Ich bin nicht beunruhigt, mit der Annahme des Abgeordnetenamtes Bauern und Arbeiter zu sein. Ich bin nicht beunruhigt, mit der Verpflichtung des bürgerlichen Gewerkschaften gegen Stadt, Land und Reich und die gleichmäßigen Anordnungen dieser Organe. Ich bin gewillt, mich dieser Verpflichtung zu unterziehen. Insbesondere erkenne ich die Reichs- und Staatsverwaltung als für mich bindend an. Ferner verpflichte ich mich in der Verwaltung politischer Angelegenheiten, die mich betreffen, zu tun, was die Reichs- und Staatsverwaltung anordnet. Ich bin nicht beunruhigt, mit der Verpflichtung des Abgeordnetenamtes Bauern und Arbeiter zu sein. Ich bin nicht beunruhigt, mit der Verpflichtung des bürgerlichen Gewerkschaften gegen Stadt, Land und Reich und die gleichmäßigen Anordnungen dieser Organe. Ich bin gewillt, mich dieser Verpflichtung zu unterziehen. Insbesondere erkenne ich die Reichs- und Staatsverwaltung als für mich bindend an. Ferner verpflichte ich mich in der Verwaltung politischer Angelegenheiten, die mich betreffen, zu tun, was die Reichs- und Staatsverwaltung anordnet.“

„Sofern ich nicht durch Anordnung des Bürgermeisters oder der Reichs- und Staatsbehörden gebunden bin, werde ich mich nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen entscheiden. Hierbei werde ich mich nicht nach den Interessen eines einzelnen Standes, sondern nach denen der Allgemeinheit richten.“

Die Abgabe einer solchen Erklärung widerstreicht in jeder Hinsicht den Grundsätzen unserer Partei und stellt eine schwere opportunistische Entgegnung dar. Unsere Genossen kämpfen für die Abgabe der Erklärung, stehen sich aber schließlich doch dazu bewegen unter Protest ihre Unterschrift zu geben. Herausgenommen wurde lediglich der Absatz:

„In der kommunistischen Fraktion werde ich mich nicht beteiligen.“

Der Fehler unserer Genossen bestand in folgendem: Erstens, sie haben sich mit dem Bürgermeister in Verhandlung über den Inhalt der Erklärung eingelassen, ohne sich mit der Partei abzusprechen. Zweitens, sie haben keinen öffentlichen Kampf gegen das Abgeben einer solchen Erklärung im Stadtparlament und in der Presse geführt. Drittens, sie haben sich dem Bürgermeister überlassen, ihre Unterschrift zu geben, ohne die Partei zu informieren. Viertens, sie haben sich dem Bürgermeister überlassen, ihre Unterschrift zu geben, ohne die Partei zu informieren.

Wenn die Genossen ihre Erklärung auf den ersten Satz beschränkt und gleichzeitig vor der Arbeiterchaft und im Stadtparlament klar gemacht hätten, daß sie die Erklärung lediglich dann abgeben, wenn die Regierung ihre Nichtbeilegung nicht zu erleichtern wäre ihnen kein Vorwort zu machen. Die Kommunisten hätten sich bei allen ihren Verhandlungen die Wirkung auf die Arbeiterchaft im Betracht ziehen. Und es ist besser, sich innerhalb einer Gemeindefreienvereinbarung zu unterziehen, als innerhalb einer Betriebsvereinbarung die Arbeiterchaft zu verlassen. Die Abgabe bezweckter Erklärungen die Arbeiterchaft zu verlassen, ist ein Verbrechen. Es handelt sich in diesem Falle um Genossen, die der Revolution ergeben sind, und weil die Genossen in der Revolution anerkennen haben und sich bereit erklären, ihre Funktion als Mitglieder der Partei niederzulegen, beschränkt sich die Partei auf die Feststellung und Kritik des von ihnen gemachten Fehlers.

Die Sozialdemokratische Partei hat, deren Innenminister S. am 12. November 1922 in der Reichstagsfraktion die Beilegung der Umsatzsteuer erbt die Möglichkeit erhalten, von Kommunisten die Abgabe von Erklärungen zu verlangen, hat nicht das geringste Recht, diesen Fehler von zwei Arbeitern auszunutzen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Gelatinfabrikier ist gegenüber der Vorwoche um 0,2 o. B. gestiegen. Von den Hauptgruppen hat die Amalgambitzer die stärkste Abnahme um 0,4 o. B. erlitten. Die Amalgambitzer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist um 0,2 o. B. zurückgegangen, während diejenige der industriellen Fertigwaren um 0,5 o. B. erhöht hat.

Zur Silberwährungsabstimmung 1928 will die Reichsregierung als Tagungsort Berlin vorzuziehen.

Heute Abend findet im Abgeordnetenhaus in Berlin eine große Kundgebung für die dritte deutsche Arbeiterdelegation nach der Comintern statt.

Die kommunistische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat jetzt einen Antrag eingebracht, der die Beilegung des Brandenburger Zolls als Vorkriegsstand festsetzt.

„Deckblatt und Wickel“

Bei den ausgeherrten Tabakarbeitern — Schwindlucht, die Berufskrankheit — 19 Mk. wöchentlich Lohn

K. G. Gleich wie bei den Bergarbeitern finden wir auch bei den Zigarrenarbeitern einen besonderen Berufstypus ausgeprägt. Unterernährung vor allen Dingen, dann aber Engherzigkeit, gelblich-graue Gesichtsfarbe und trallerrig verbohrene Finger sind die Merkmale ihrer Form. Dazu erfüllt fortgekochtes Pulver den Raum, denn der Damm des Rauchs zur Verarbeitung kommenden des Tabaks im Verein mit dem scharfen Staub frißt sich tief in Kehlkopf und Bronchien ein.

Das schlimmste Elend herrscht natürlich in der noch immer grossen Berliner Zigarrenfabrik. In den kleinen Ortschaften um Leipzig herum, in Delitzsch, Kaufhof, Geringswalde, Paritz, Frankenberg, Waldheim und Böhlen, andererseits bis ins Altmarkische hinein, finde man es noch in keiner fast unveränderten Ursprünglichkeit. Wohl sind 1919 geistliche Schulbestimmungen herausgenommen. Kinderarbeit wurde verboten — nicht aber Kinderessen! Bei dem schlechten Material und dem schlechten Preis: 1000 Zigarren zum Werte von 12 Mark, mühte man schon früher jeden Zigarrenarbeiter einen Kontrollbeamten stellen. Das selbe ist es mit den Arbeitsräumen, die nicht mehr zum Schlafen benutzt werden sollen. Aber man verzögert, die notwendigen Wohnungen zu bauen. Hätte man aber welche gebaut, so könnten die Arbeiter die nicht bezahlen. Ich habe letzten lichen und verfallenen Wohnhäuser gesehen, als in Delitzsch und Waldheim.

Da Zigarrenarbeit keine großen Körperkräfte erfordert, helfen die Frauen mit 75 Prozent der Arbeitskraft. Bei einer alten Heimarbeiterin, deren Proletariat nicht ausgerechert hat, sieht ich mit der Werdung der „garantiert überlebensfähigen“ seigen. Injere Kiste führte uns dem widerlichen Geruch des schwebenden Tabaks nach, unter „Dachlucht“ mit schrägen Augen. Der roh gelieferte Tabak wird vor dem Zigarrenarbeiter angeschaut und dann entrippt. Das Wripfen ist wegen seiner Wichtigkeit die „heilige Rituale“ — wenn man nämlich von der durchsichtigen Staubentwöhnung absieht. Hierauf wird der Tabak durch Ausstreiten getrocknet, worauf die eigentliche Fabrikation beginnt. Die „Einlage“ wird um das „Umbalt“ gewickelt und der „Wickel“ in die Waffeln gepreßt. Nach einmaligem Wenden werden sie befeuchtet, das Deckblatt übergerollt und die Spitze gebogen und festgelegt.

Ich bin bei einer Veteranin der Tabakarbeiter! Ihr erster Mann starb an der Schwindlucht. Der zweite, auch Zigarrenarbeiter, geht schon seit Jahren in eine Metallfabrik, wo er doch meistens auf 30 Mark pro Woche kommt (der durchschnittliche Lohn der Tabakarbeiter beträgt nach den Angaben der Berufsgenossenschaft 19 Mark!). Natürlich reihen auch die dreißig Mark nicht für die große Familie. Es hat dem Mutter fünfzig Kinder, abgesehen von ihrer Hausarbeit — 12 Stunden am Tabaktrieb, um etwas mitzubewerden. „Manchmal komme ich vierzehn Tage lang nicht auf die Straße“, sagt sie wie die selbstverständliche Sache der Welt. Natürlich hustet auch sie. Aber daß sie krank lie, hat ihr der Kassenarzt, der den „Tabakstaub nicht für so gefährlich hält“, ausgerechnet. „Bloß daß beim „Kollen“ die Genickernerven so wahnwitzig zu schmerzen anfangen!“

„Ich bin im Tabak groß geworden“, bemerkt sie mit einer Art wahnwitzigen „Berufsstolz“ und dann erzählt sie aus ihrer „Jugend“. Von 8 bis 12 Jahren habe ich erst bei meiner Mutter, dann bei fremden Leuten abgerippt. Die Woche gab es 25 Pf., und ein paar Schmalbrotchen. Mit 12 Jahren mußte ich in die Fabrik. Ich wollte Schneiderin werden, aber meine Mutter starb kurz vor meiner Einlegung — an der Schwindlucht, legte sie auf meine Frage hinzu — da blieb ich am Tabak kleben. Im Sommer mußten wir früh um 6 Uhr, im Winter um 7 Uhr vor Schulbeginn in der Fabrik. Um zwölf war die Schule aus, anfang bis zum „Wickeldrehen“. Um zwölf war die Schule aus, aber um 1 Uhr mußten wir schon wieder zum Wripfen da sein bis abends um 6 oder gar 7 Uhr. Für ganze 1,50 Mk. pro Woche.

Dann wurden die Schularbeiten gemacht. Abendbrot gegessen und dann ging es isomide ins Bett.

Ihre Kinder hat sie nicht an den Tabak gelassen. „Aber mich werden sie wohl mal in ‚ner Wickelfabrik begraben“, sagt sie resigniert hinzu.

Seit dreißig Jahren ist sie im Verband, „aber die „mehrsten Genossenschaften wollen nichts von Organisationen wissen“, erklärt sie. Mit Stolz erklärt sie, daß ihr Vater schon unter Sozialistengesetz kommen, jetzt sie sich über die untergeordneten Verhältnisse in der betrieblichen Lohnindustrie sehr gut informiert. Hier Achtungsentzug — dort Siedenuntergang und noch viele Milderung dazu. Hier vier Tage, dort vier Wochen Urlaub. „Da lohnt sich doch auch das Leben und Arbeiten. Warum kann das sein, was nicht so sein?“

Ich machte ihr klar, daß die russischen Arbeiter sich ihr besseres Los wieder erträglich haben und daß es auch bei uns nicht immer so bleiben wird — vorausgesetzt, daß die deutschen Arbeiter kämpfen lernen. „Da haben Sie recht, aber ich bin dazu schon zu müde“, antwortete sie gleichmütig. „Aber“, — und ein helles Leuchten kommt in ihre müden Augen, „meine Kinder sind Gottseidank dazu erzoget! Und die werden das nachholen, was ich vielleicht verjährt habe.“

Neues aus aller Welt

Die 63jährige Hohenzollernprinzessin mit ihrem 23jährigen Kavallerier getraut

Vorlesern mittags 12 Uhr fand in Bonn die Ziviltrauung der Prinzessin Viktoria von Schaumburg-Lippe mit dem Kassen Jostloff im übrigen bürgerlichen Rahmen im Bonner Rathaus statt. An Begleitung des Paares befanden sich nur der „Königliche“ Kammerherr Freiherr von Solmann-Antweiler und Geheimrat Professor Dr. Koenig-Berlin, die auch als Trauzeugen fungierten. — Gest hat sie ihn also sicher!

Die „Welt am Montag“ veröffentlicht eine Zufahrt, wonach die Prinzessin Viktoria von Schaumburg sich wenige Tage vor ihrer Hochzeit in Bonn entschlossen habe, einen ganzen Rattenkönig von Feldmäusen zu essen, die internationaler Welle anzutreten. Der Ratgeber des Paares befanden sich nur der „Königliche“ Kammerherr Freiherr von Solmann-Antweiler und Geheimrat Professor Dr. Koenig-Berlin, die auch als Trauzeugen fungierten.

Der ungarische Fällherstand

Nach Fällhermeldungen aus Paris ist im Zusammenhang mit der Antifällheraktion außer dem Kaufmann Aron Goldmann getötet worden noch eine zweite Persönlichkeit aus dem Blumenfeld-Kreis verhaftet worden, über deren Identität jedoch strenges Stillschweigen bewahrt wird, um den Gang der Untersuchung nicht zu erschweren.

zu erleichtern. Es soll sich, wie wir erfahren, um den Sohn Blumenfelds handeln. Bei der Durchsicht der in dem Brief Blumenfelds vorgelegenen Papiere hat man festgestellt, daß Blumenfeld gerade im Begriff war, einen zweiten großen Schlag zu führen. Es befinden sich nämlich noch Milliarden von Banknoten ungarischer Anleiheaktie im Umlauf und in den affizierten Ländern haben sich Vereinigungen von Inhabern dieser fast wertlosen Anleiheaktie gebildet, um eine Aufwertung mindestens auf 7 Prozent durchzuführen. Blumenfeld hatte diese erfahren und auf allen europäischen Börsenplätzen Kriegenmengen dieser Papiere aufgekauft.

Siebestragdrien

Ein aufsehender Vorfall spielte sich am Sonntagabend in der Rützelstraße im Norden Berlins ab. Dort gab der 23jährige Bauarbeiter Schulz aus seiner früheren Frau die 33jährige Arbeiterin Anna Kiedert, aus einer Witwe aus seiner Schiffe ab, durch die sie am Kopf und an einer Hand schwer verletzt wurde. Der Täter entfloh und konnte bisher nicht ermittelt werden.

Gestern mittags wurden in einem Hotel in Wärling ein Mann und eine Frau mit Schußwunden tot aufgefunden. Es handelt sich um den Verkehrsbeamten Jakob Mendelstein und eine Frau Therese Bad, die mit ihrem Mann in Scheidung lebt. Soweit bisher festgestellt, ließ beide wegen Schweregeistes einer eheleichen Vereinigung in den Tod gegangen.

Der in Dberla anläufige Bundesbahnbedienstete Rahminger erstick im Streit seine Geliebte, die 23jährige Therese Kramer, die von ihrem Gatten getrennt lebte. Rahminger wurde festgenommen.

Eintrauer einer Bauarbeiterin in Berlin

Sonabend vormittags führte bei Ausschachtungsarbeiten in der Kolpingstraße eine zwei Meter hohe und dreißig Meter lange Grabenmauer in eine sieben Meter tiefer gelegene Furgasse hinab. Zwei Mann wurden verdrückt. Einer fand den Tod; der andere trug erhebliche Verletzungen davon.

Verhaftung eines Bandendirektors

In Sanau hat die Gemberechtheit ihre Zahlungen eingestellt, wodurch viele Kreise des Mittelstandes in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Auf Antrag des Amtsinhabers der Gemberechtheit ist die Verhaftung des ersten Direktors Franz Simon veranlaßt worden, da wieder zu beträchtlicher Unterleiste und anderer Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht haben soll, was in erster Linie die letzte Lage der Gemberechtheit verurteilt hat. Die Auktionen der Gemberechtheit betragen rund 400 000 Mark. Mit allen Mitteln soll verhaftet werden, den Konturs zu vermeiden.

Unfall eines deutschen Verkehrsflugzeuges vor der Insel Mden Das Verkehrsflugzeug von Berlin erlitt am Sonntagabend nachmittags vor der Insel Mden einen schweren Motorschaden und mußte auf die See niedergehen. Es wurde von einem Fischerboot an Land gebracht. Die Insassen kamen ohne Schaden davon.

Ein Fuhrwerk von einem Zuge überfahren

Auf der Bahnstrecke Gen- Nord-Gießen wurde bei einem Ausbrennen ein Fuhrwerk von einem Zug überfahren. Der Wagen wurde zertrümmert, das Pferd getötet. Der Fuhrwerklenker konnte sich durch Abpringen retten, sein Mitfahrer wurde verletzt.

Autobusunfall in Holland

Bei Krommeniet in einem Eisenbahnübergang ein Automoibus von einem Eisenbahnzug vollkommen zertrümmert worden. Der Fahrer wurde tödlich in Krankenhaus gebracht. Von den sieben Passagieren des Autobusses wurden fünf schwer und zwei leicht verletzt. Der Schrankenwärter hatte verunglückt, den Übergang rechtzeitig zu schließen.

Ein Gefängnis von einer Granate getroffen

Bei der Einbringung eines schweren Geschosses, das bei Schießübungen im Gelände verwendet worden war, in den Artilleriepark am östlichen Ende von Sofia löste sich der noch im Rohr stehende Schuß. Die Granate lag gegen das Zentralgefängnis, das am entgegengesetzten Ende Sofia liegt. Ein Schuß wurde schwer, ein anderer leichter zerlegt. Im Gefängnis selbst, unter dem Zinnen eine Panik ausbrach, wurde niemand verletzt. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Unfall, der im Gefängnis nur unentgeltlichen Sachschaden anrichtete, nur durch Unvorsichtigkeit verursacht wurde.

Erbschen im Nordischen Eismeer

Die Apparate der Werte des Luftschiffministeriums in Sanau sind bezeichneten in einer Entfernung von ungefähr 3600 Meilen drei Erbschen, die sich wahrscheinlich im Nordischen Eismeer ergraben haben.

Die Verunglückten in dem Bekannten Bremer Kolonats-Prozess (wegen des Bundes: „Rom Leben getötet“) wird am 16. Dezember vor der großen Strafkammer stattfinden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bremischen Richter als Befangen abgelehnt werden.

Luftschiff als Filmautor. Der russische Volkstommilior für Volksehrklärung, Luftschiff, wird für die Deutsch-Russische Film-Allianz einen Film „Der letzte Imperator“ schreiben. Der Film soll ausschließlich in Deutschland gebracht werden.

Die Flitterwochen der Frau Zubloff gestört

Die Pariser Braut — eine neue Domela-Affäre

Die Flitterwochen der Frau Zubloff, geb. Prinzessin von Schaumburg-Lippe, für die sich der Pariser Zeitungsmann wie ein Pariser Blatt mittelst, hat dieser jetzt glückliche Chemann bereits in Paris eine Braut,

die zwar keine Prinzessin, dafür aber ansehender jünger und temperamentvoller ist als die alte Schachsel in Bonn. Sie ist von Beruf Pianistin, was zu Zubloffs Verwirrung, nämlich in einigem Maaße, bedeutet. Diese temperamentvolle Pariserin veröffentlicht

Vielfe Alexander Zubloffs

an sie, die, wenn sie echt sind, beweißen würden, daß Herr Zubloff überhaupt nur zu eine kleine aber grünlische Domela-Affäre mit der schätzlichen Schwester Wilhelms II. beschäftigt. Die Pariser Braut, nämlich, daß sie mit Zubloff, der ihr die Braut verweigern hatte, herzlich und in freudiger Liebe, weil die liebste Prinzessin ihrem kleinen Schützer regelmäßig große Summen Geldes von Bonn nach Paris überfandte. Die Pariser Vorwürfe fand das ganz in der Ordnung — wir auch — und ist nur während, daß Zubloff nicht vollständig in Bonn die Prinzessin geheiratet hat und nicht zurückgekehrt ist. Trotzdem liebt die Pariserin ihn immer noch. Sie schilt, daß er ein hartes Kerl war, der mit einem Griff

Ein Bett (!) auseinandernehmen

und Kleiderbügel versehen könnte. Bis zu einem Gramm Koffein kann er auf einmal vertragen. Wenn sie ihn vor verdammte Ausgaben warnte, war Zubloffs handige Lebensart, daß die Prinzessin in alles bewachte. Als der „vielleicht Moskauer“ ist der jetzige Schwager Wilhelms II. in fast keiner Bar von Paris unbekannt. Wenn sich diese Enttäuschungen bestätigen, dann darf man allerdings gespannt sein, was die Hohenzollernhochmutter nunmehr tun wird und ob ihre fürstliche „Liebe“ hat genug ist, auch viele kleinen Fehler ihres Geliebten zu verzeihen und zu vergeben. Staubstöße können lo was.

Die Hochzeit

Die vermittelte Prinzessin von Schaumburg-Lippe wird mit dem 27jährigen Tänzer Zubloff am 24. November in der russischen Kapelle in Wiesbaden durch einen russischen (!) Geistlichen getraut werden.

Die Wollen im Bett

Die Diener der Kirche und ihre Ausschweifungen Ein Bauer hatte ein Mädchen zur Frau genommen, die vorher Prostituierten gewesen war und von dem Pfarrer geschworen worden war, ein reines Leben zu führen. Der Mann war aber mit einem Rinde nieder. Der Bauer war zornig. Aber der Pfarrer verzögerte ihn und wies ihm nach, daß alles in Ordnung liege. „Schick ihm's nachzurechnen! Ich habe 18 Wochen lang gehöhnt und die Kuh ebenso lange, das sind also 26 Wochen. Nun müßt Ihr für beide Teile noch ebenso viele Nächte zurechnen, damit Summa 52 Wochen!“

In Bologna war es, daß eines Bürgers Weib, um Umgang mit einem Mönch zu haben, die Kranke spielte und sich den Galan zur Verfügung stellte. Als der Mönch gar zu lange abwesete, kam dem Mann Zutritt zum Rechenfeld vor, und er verhoffte sich mit Gewalt liegen können. Seine Hosen aber hat er auf dem Bette der Frau liegen lassen. Dort fand sie der Mann, nahm sie und lief zum Kloster, um den Ehebrecher der verdienten Strafe zuzuführen.

Ein alter Mönch aber sagte zu ihm: „Das sind ja uneres Heiligen Vaters Franziskus Hosen anler Frau hat sie mitgenommen, um Deine frange Frau damit zu bestrafen, damit sie genes!“

Alle Hände verstanden sofort, worauf der Alte hinauswollte, und so lag denn alsbald das ganze Kloster mit Kreuz, Fahne und



Wer stets empör zum limr el schaut, dem wird sein letztes Geld geklaut!

ganzer Projektion zu des Bürgers Haus, holten des heiligen Franziskus Hosen wieder ab, legten sie auf ein ledernes Kissen wie ein heiliges. trugen sie hoch empor in die Händen und gaben sie ernstlich dem Hausbesitzer und danach der Frau mit großer Handheit zu fassen. Die Frau aber mußte selber um die Kraft der Hosen als alle anderen.

Als Papst Innocenz X., dessen Geliebte die schöne Kurtisane Olympia war, den Stuhl Petri bestieg, las man an der Säule des Pasquino zu Rom, an die die Volksdichter ihre Spottverse zu heften pflegten:

Warum soll er denn nicht jetzt den Olympus bestiegen, Er, der früher lo oft seine Olympia bestieg!

Auf dem Pfarrhof sah man ein Dutzend Kinder spielen. Und wenn der Pfarrer gefragt wurde, wenn sie gehörten, dann antwortete er: „Das sind die Keffen meines Brubers.“

Aus Friedrich Wendel: „Die Kirche in der Kaiserzeit“, Verlag „Der Freidenker“, Berlin, Gieselsaustr. 41.

A. Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle a. d. Saale

ENDEPOLS & DUNKER

Gr. Ulrichstr. 19/20 HALLE (Saale) Gr. Ulrichstr. 19/20

Herren-, Damen-, Knaben- und Berufsleidung

Bequeme Zahlungsbedingungen nach Uebereinkunft

WÄSCHE, STOFFE, KLEIDER

KAUFE BEI

M. SCHNEIDER

Leipziger Straße 94

Gummiwaren aller Art
Spülapparate, Damenbinden
sowie alle vorerwähnten Artikel
C. Klappenbach & Co.
Große Ulrichstraße 41

Feinbäckerei
Brot u. Backwaren
täglich frisch
K. Werner
Geißstraße 38

Herren- u. Jünglings-Kleidung aus Teilzahlung
an den günstigsten Bedingungen kaufen Sie
am besten und billigsten bei
Neumarktkr. 6 Franz Mettner G.m.b.H., Neumarktkr. 6

Berth. Barth Nachf.
Paul Beyer
Al. Ulrichstraße 10
Käse, Obst, Mehl,
Spezialwaren, Backwaren,
Süßwaren, Kugeln
u. d. d.

Gummiwaren
Wachstuch, Linoleum
Hugo Mehab Nachf.
Große Ulrichstraße 3

Puppen
Spielwarenhäuser
Rud. Weibezahl
Halle a. S.
Obere Leipziger Straße 68 a
Spielwaren

Poewendahl's Damen-Kleidung
„Vom Kopf bis zu den Füßen“

Wir vermieten:
Gasherde
Gastofen
Elektrische Apparate
Beleuchtungskörper
Bade-Einrichtungen
in 6-12 Monaten Ihr Eigentum
Stadtgeschäfts-Halle
für Gas-, Wasser-
und Elektricitäts-Anlagen
G. u. d. S.
Gr. Ulrichstr. 54 Telefon 25654

Sporthaus
Julius Bacher
Halle a. S., Leipziger Str. 102

Trinkt Poetzsch-Kaffee
Die führende Qualitätsmarke
Richard Poetzsch, Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 10

S. Mühlbauer, Albrecht
(Ede Gelehnhaber)
Strümpfe, Wäsche, Wollwaren
Damen-Konfekt etc.

Die werktätige Bevölkerung kauft nur bei
Alex MICHEL
Halle an der Saale Am Marktplatz

Louis Aldermann
Deeruststraße 13
Kuh- u. Schweine-Schlächtereien
Ertlichste Aufzeichnungen

Reichert Inh.: E. Zoche
Geißstraße 37
Telephon 28137
Wid. Geflügel, Fleisch,
Obst, Süßwäcker u. Gemüse

Tägliche frische See-Fische
Nordsee

August Pirl, Gelehn
straße 10
„Das Haus
der guten Schuhe“

Schuhwaren
Friedrich Oehlischläger
Leipziger Str. 3

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren, H. Aufschmitt
Ernst Halke, Gr. Ulrichstr. 62

Fahreräder, Nähmaschinen, Gramophone
Reparaturwerkstatt
Paul Krause, Geißstr. 39

Das Kaufhaus für Alle
NUSSBAUM
Gr. Ulrichstr. 60/61 Halle a. d. S. Gr. Ulrichstr. 60/61

Ritter-Kaffee
Kaffee (frisch) in unedlerer Qualität
Berland nach auswärts portofrei
Otto Noak, Inhaber Georg Ritter
Große Steinstraße 70

Kuh- und Schweine-Schlächtereien
Georg Weis, Geißstr. 13
Täglich: frische Fleischwurstchen

A. Huth & Co. A. G.
HALLE A. D. S.
Gr. Steinstraße 24-27
Marktplatz Nummer 24

SINGER NÄHMASCHINEN
Erläichterte Zahlungsbedingungen
SINGER - NÄHMASCHINEN ACT. GES.
Mühlweg 22 Halle a. d. S. Leipziger Str. 23

Werkzeuge
für jedes Handwerk
Haus- und Küchengeräte
Glas und Porzellan
Hempelmann & Krause
Halle a. S., Klein Schmieden 5

Fahrradhaus
Fritz Kohrenel, Gr. Klausstr. 7
Bügelle, Bergsattel, Reparaturen
Saddler und Gelehrte, Reparaturen

Modehaus
Inneneinrichtung
A. HUTH & CO. A. G.
HALLE A. D. S.

Halle'sche Beerdigungsanstalt
Pietät
Inh.: M. Burtel
Al. Steinstraße 4 Telephon 263 93

Damen- und Kinderbekleidung
Bruno Freitag
Leipziger Str. 100

In erstklassigen Badwaren
ausgezeichnet für Toilet- und Feinbäder
Otto Krull, Al. Klausstr. 6

Kaufe bei J. Lewin
Gründung 1859
Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan

Molkerei Trotha
Freischmilch - Kindermilch
Butter - Sahne - Quark
Joghurt

Otto Grünberg
Große Wallstraße 45
Fleischwaren aller Art: Herstellung feinsten
Wurstwaren zu stets billigen Preisen

A. HUTH & CO. A. G.
HALLE A. D. S.

SINGER NÄHMASCHINEN
Erläichterte Zahlungsbedingungen
SINGER - NÄHMASCHINEN ACT. GES.

s. Weiss
Halle - Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühhausen a. S.

Arthur Müller, Al. Ulrichstr. 1
Haus- u. Schlächtereien

ZOO - Halle a. d. Saale
Größe, Schönheit, Mittelmäßigkeit
herrlicher Park und Anlagen
nahe der Saale, Reicher Bestand
an Tieren der Heimat
und fremder Länder. Neues
Kaubierhaus, Gartenkonzert
Aussichtsturm, Gr. Saal
Eintrittspreise 700, Kinder 400
Bereine, Schulanerziehung
Nähe der Naturfreund, Aquari-
um, Vogelkubhauer, Geflü-
gelzüchter findet reiche An-
regung u. Belehrung. Bester An-
schauungsunterricht, Schulen

Friedrich Koch
Leipziger Str. 74
Hüte
Nähen
Fleischwaren

Das Haus der eigenen Produktion
Halle - Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühhausen a. S.

Emil Bock, Al. Ulrichstr. 1
- jerm. 259 24 -
Zigaretten, Zigaretten, Tabak

Kaufe bei J. Lewin
Gründung 1859
Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan

E. Friedel, Gr. Wallstraße 36
nut vortreffliche
Kolonialwaren usw.

Kaufe bei J. Lewin
Gründung 1859
Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan

s. Weiss
Halle - Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühhausen a. S.

W. Fleischer, Al. Ulrichstr. 30
Zigaretten, Zigaretten, Tabak

Kaufe bei J. Lewin
Gründung 1859
Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan

s. Weiss
Halle - Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühhausen a. S.

Oskar Großklaus Nachf.
Friedrichstraße 12
Kuh- und Schweine-Schlächtereien

Kaufe bei J. Lewin
Gründung 1859
Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan

s. Weiss
Halle - Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühhausen a. S.

Schirme
Stöde, Pfeifen
Ernst Karras jun.
Inh.: Hans Herz, Leipzigerstraße 4

Kaufe bei J. Lewin
Gründung 1859
Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann
Friedrichstraße 8
Ecke Weidenplan

s. Weiss
Halle - Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühhausen a. S.

Gewerkschaftsbewegung

Protest gegen den Chemie-Reichstarif

Der Arbeiterrat von J. G. Farben, Herr Treptow, hat nachdrücklich Resolution angenommen und dem Reichstag des Fabrikarbeiterverbandes überreicht:

Der Arbeiterrat der J. G. Farbenindustrie A.-G., Herr Treptow, nimmt mit Entrüstung und Empörung Kenntnis von der Hebung des Reichsarbeitsrates der chemischen Industrie. Es wird geradezu eine Verhöhnung auf die Arbeiter mit Rücksicht, diese Hebung nur als einen Erfolg zu feiern. Das ungeschickliche an diesem Arbeitsvertrag ist, daß er bis zum 31. Dezember 1928 läuft. Ist das die Antwort des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes auf die Forderungen der Chemiefunktionärvereinigungen vom März und Juni d. J., welche die Kündigung des Reichsarbeitsrates und des Arbeitsvertrages verlangten, um endlich den Arbeiterentscheidungs herbeizuführen? Der Arbeiterrat protestiert gegen den Abschluß dieses Vertrages, zumal dieses gefahren ist ohne vorherige Kenntnisnahme der Funktionäre und der Mitglieder. Nieher mit diesem Reichsarbeitsrat! Es lebe die Einheitsfront der Chemierbeiter in der Vorbereitung des Kampfes um den Achtstundentag!

Die mitteldeutschen Landarbeiter gegen die Arbeitsgemeinschaft — für rücksichtslosen Kampf um ausreichende Löhne

In einer von der Zahlstelle Halberstadt des DAB einberufenen Landarbeiterversammlung sprach der Generalsekretär Magdeburg über die Kündigung der Lohnkarte in der mitteldeutschen Landwirtschaft. An der Diskussion beteiligten sich auch der angesehene Kreisleiter des DAB, Dube, und die Vertreterin der Gewerkschaft, Anna Jell. Beide mußten zeigen, daß die Kommunisten die aktiven Gewerkschaftler sind. Im Verlauf, die Arbeitsgemeinschaft des DAB mit den Funktionären der organisierten Landarbeiter des DAB zu vereinigen, mißlang vollständig. Gegen ihre beiden Stimmen beschloß die Versammlung einstimmig, die Gewerkschaft zu beauftragen, keinen anderen Tarifvertrag zuzulassen, der den Landarbeitern neben der Abschaffung der Deputationsentlohnung einen Stundenlohn von mindestens 80 Pf. sichert. Ebenso einstimmig fand, wiederum nur gegen die Stimmen der beiden Verbandsoffizialen, folgende Entschließung die Zustimmung der Versammlung:

Die von der Ortsgruppe Halberstadt des Deutschen Landarbeiterverbandes einberufene Landarbeiterversammlung hat zu der Lohn- und Tariffrage Stellung genommen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß bei der Kündigung der Lohnkarte die Gewerkschaft verschiedene Interventionen beantragen soll. Die Gewerkschaft sollte gleichzeitig mit der Kündigung der Lohnkarte die Kündigung des Reichsarbeitsrates beantragen. Zu gleicher Zeit hätte sie am 1. Oktober aus dem Zeitpunkt heraus müssen, um die Arbeitsgemeinschaft zu kündigen.

Die Versammlung erkannte, daß durch die mitteldeutsche Tarifgemeinschaft der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen unterbunden wird. Sie verlangen daher den sofortigen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Sie fordern, daß die unvollständige Kündigung des Reichsarbeitsrates, damit ein wirklicher Kampf geführt werden kann.

Die Versammlung fordert die Versammlung, daß die Arbeitszeit bei der Kündigung 2400 Arbeitsstunden nicht übersteigen darf. Bei Reichsarbeitsrat der Löhne nach der rücksichtslosigkeit aller Landarbeiterentlohnungen. Sie fordern die Kündigung aller Landarbeiterentlohnungen. Sie fordern die Kündigung aller Landarbeiterentlohnungen.

Die Versammlung will bereit, für die Durchführung dieser Forderungen alle ihre Kraft einzusetzen und auch das gewerkschaftliche Kampfmittel, den Streik, nicht zu scheuen.

Auch die Zahlstelle Wulf des DAB, forderte nach dem Referat des Kreisleiters Schornowitz, dem in der Diskussion der Genosse Schornowitz entgegentrat, den sofortigen Austritt aus der mitteldeutschen Tarifgemeinschaft. Die Versammlung erkannte, daß bei der Kündigung der Arbeitszeit nicht über 2400 Arbeitsstunden pro Jahr hinausgegangen wird, daß der Deputationslohn abschüssig und ein Zeitlohn von 80 Pf. pro Stunde zu zahlen ist.

Dem Forderung der Halberstädter und Wulfer Landarbeiter müssen auch die übrigen Ortsgruppen in Mitteldeutschland folgen und auch sie müssen zeigen, daß die Landarbeiterschaft gewillt ist, für ausreichende Löhne und menschenwürdige Arbeits- und Wohnverhältnisse zu kämpfen!

Siehe in den Deutschen Landarbeiterverband! Macht ihn zu einer Kampforganisation!

Rechtsverhältnisse der Hoffstandsarbeiter

H. F. Im § 129 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist das Rechtsverhältnis des Hoffstandsarbeiters einer Regelung unterworfen worden. Der § 129 Abs. 4, welcher folgenden Wortlaut hat, läßt darüber keinen Zweifel mehr zu:

Werden nach den Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 öffentliche Hoffstandsarbeiten gefördert, kann der Verwaltungsvertrag des Hoffstandsarbeiters eine obere Grenze für die Entlohnung der Hoffstandsarbeiter festsetzen. Er kann auch festsetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Hoffstandsarbeiter Anwendung finden soll. Auch in diesen Fällen gilt die Entlohnung der Hoffstandsarbeiter als tariflich oder ersatzlicher Lohn im Sinne des § 80 Abs. 2, Nr. 1.

Im übrigen werden die Hoffstandsarbeiter bei Hoffstandsarbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages beschäftigt. Die Bestimmungen des § 129, die die sogenannten Hoffstandsarbeiten regeln, stellen somit eine Fortführung des produktiven Hoffstandslohnvertrages dar. Die Einrichtung der Hoffstandsarbeiten ist von der Ermöglichung, daß das wichtigste Mittel zur Befriedigung der Erwerbslosigkeit die Beschaffung und Vermittlung von produktiver Arbeit ist. Ferner ist es natürlich wirtschaftlich geboten, wenn die Beträge der Hoffstandslohnverträge nicht nur über den Bereich der Hoffstandsarbeiten hinausgehen, direkt in wirtschaftliche Maßnahmen hineingeführt werden, vorausgesetzt daß durch diese Maßnahmen Arbeitslose produktiv beschäftigt werden können. Es kommt hinzu, daß jede produktive Arbeit, die zur Befriedigung von Arbeitslosen einleitet wird, gleichzeitig auch wieder auf den Beschäftigungsgrad in anderen Wirtschaftszweigen günstig einwirkt. So bedarf es bei dem Gewerbe als Schlichter gerade eine ganz Reihe anderer Industriezweige, die sich nicht auf den Hoffstandslohnverträgen beruhen, sondern auf dem gewerblichen Lohnempfangen wird, neben ihrem hohen sozialen Wert auch eine wirtschaftliche Bedeutung, da sich keine Konjunktur aufrechterhalten läßt.

Während die Hoffstandsarbeiten bisher als Form der Erwerbslosenfürsorge behandelt worden, gelten sie nunmehr als freies Arbeitsverhältnis. Die Hoffstandsarbeiten sind in allen arbeitsrechtlichen Bestimmungen grundsätzlich Anwendung, alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen sind in Kraft. Ausnahmen gelten also auch die Bestimmungen des Betriebsvertrages (Nacht des Betriebsrats, Entlohnungsfragen). Die Bestimmungen der Arbeitsvermittlung, der Betriebsvermittlungsgesetzgebung und selbstverständlich alle Bestimmungen der Gewerbeordnung, des BGB, die Bestimmungen

des BGB, über den Arbeitsvertrag uvm. Ebenso gilt für die Hoffstandsarbeiter der Arbeitsvertragsgesetz, §. 5. Streitigkeiten aus dem Hoffstandsarbeiterverhältnis sind vor dem Arbeitsgericht zu führen.

Das Einpruchsrecht nach § 84 B.V.G. gegen Kündigungen leitens des Arbeitgebers und der besondere Schutz des § 86 B.V.G. für Betriebsratsmitglieder dürfen jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Dagegen gilt für die Hoffstandsarbeiter nicht unbeschränkt die Verordnung über Tarifverträge. Der Verwaltungsvertrag des Hoffstandsarbeiters kann eine obere Grenze für die Entlohnung der Hoffstandsarbeiter festsetzen oder bestimmen, welcher Tarifvertrag Anwendung finden soll. Für das Einpruchsrecht gegen die Beschloßnisse des Verwaltungsvertrages des Hoffstandsarbeiters hinsichtlich der tariflichen Bestimmungen findet § 190 Anwendung.

Es liegt im Sinne des Gesetzes begründet, daß man den Gedanken der Hoffstandsarbeiten unter Ausnutzung der bisherigen Hoffstandsarbeit entwickelt. Dazu ist es notwendig, daß die Hoffstandsarbeiter, wenn sie an Hoffstandsarbeiten beschäftigt werden, sich über die arbeitsrechtliche und tarifliche Materie genau informieren.

Verkehr mit den Spruchkammern des Landesarbeitsamtes

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg teilt mit:

In Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung sind für die Spruchkammern des Landesarbeitsamtes bestimmte Berufs- und Fachvereinigungen in zweifacher Ausfertigung zu einzureichen. Die Schlichtung und in Zukunft mit dem Arbeitsamt in die zuständige Spruchkammer zu bringen. Bei dem Arbeitsamt einzureichen, bei dem die angeforderte Entscheidung getroffen wurde. Das Arbeitsamt leitet die Schlichtung unter Beifügung der Akten an die zuständige Stelle weiter. Das Verfahren wird damit für alle Beteiligten erleichtert und vereinfacht.

Ein von Naphthalinattariffen für Ausland in Frankreich

Der nach Leningrad nach einem mehrtägigen Aufenthalt im Ausland zurückgekehrte Professor Krawlow erklärte, daß der Bau des ersten von Naphthalinattariffen in Frankreich bei der französischen Werft „Chantier Naval Français“ beliensten Naphthalinattariffen im Jahr 1928, des zweiten etwa drei bis vier Monate später beendet werden soll. Die beiden Naphthalinattariffe haben eine Länge von 140 m, sind 17,3 m breit und haben ein Tragungsvermögen von 10 000 t bis 17,3 m.

Wo der Mansfelder Rumpel flägt

U. R. Mansfeld ist arm an mannigfaltiger Industrie. Seit Jahrzehnten reichert es die Mansfelder K.G., den Besitz anderer Produktionszweige zu verdrängen. Die Kalkifizierung des Mansfelder K.G.-Konzerns wurden in Vereinbarung mit dem Kaiserlich-Preussischen Reich, trotzdem große Kalk- und Salpöter vorhanden sind, wofür sie eine Abfindungssumme von 20 Millionen Mark erhielten. Es kommt neben dem Mansfelder Kupferbergbau, noch nach

das Oberöbringer Braunkohlenevier, welches im Bereich der Riebedischen Montanwerke, ist besser gelagert und als hauptsächlichster Produktionsfaktor in Mansfeld in Betracht. Die Mansfelder K.G., sowie die Riebedischen Montanwerke haben in den letzten Jahren ihre Betriebe stark rationalisiert. Das Ergebnis waren jährliche Arbeiterentlassungen. Zur Zeit sind etwa 1000 Arbeiter entlassen worden. Die Riebedischen Montanwerke zürte 9000 bis 3500 Arbeiter beschäftigt, so sind es

heute nur noch 1800 Beschäftigtenmitglieder.

Trotzdem ist heute die Produktionsziffer, trotz geringerer Arbeitskräfte, gestiegen, was unentbehrliche Zahlen beweisen.

Bei den Riebedischen Montanwerken ist jedoch ein Restwettbewerb eingetreten. Die Gemeindeförderung von Leuna umfasst um das unumkehrbare Monopol der mitteldeutschen Braunkohleneviere. Bereits 1924 kauften sie für rund 18 Millionen Mark einen Teil der früheren Riebedischen Gruben im Zeitz-Weißenheller Revier dem Stinnes-Riebed-Montantrust ab, da der Stinnes-Konzern durch eine gewaltige Geldnot gezwungen abtreten mußte. Nur noch 14 Gruben mit Werten gehören dem Riebed-Montantrust. Durch die Entlohnung der Kohlenförderung konzentrierten die Leuna-Könige ihre ganze Kraft auf die Braunkohleneviere, die noch nicht in ihrem Besitz waren. Vor einem Jahr wehrten sich die Kleinaktionäre der Riebed-Montanwerke noch heftig dagegen, bot doch Leuna von dem Aktienworte von sich bei der „Einverleibung“ an, die nur zwei Drittel ihrer Aktien hatten. Es würde aber nichts.

Die Aktionäre der Leuna-Gemeindeförderung haben es vorgezogen, über die Verleibung der Riebedischen Aktien ihren Besitz zu bringen. Man rechnet von 52 bis 65 Prozent, befinden sich in ihren Händen. Es ist schließlich auch kein schlechtes Geschäft für die Aktionäre geworden, stehen doch die Aktien der J. G. Farbenindustrie mit 290 (und noch höher) im Kurs, während ihre Riebedischen Aktien nur mit 164 notiert wurden. Bei diesem Weltmarkt haben aber verhältnismäßig geringe Erträge der Riebedischen Montanwerke abbringen müssen. Generaldirektor der Hoffmann und der Direktor und beidseitige Reichstagsabgeordnete Leopold wurden von Leuna Wert nicht zu übernehmen.

So sind auch die fünf Gruben mit ihren Veranlagen des Oberöbringer Braunkohleneviere in den Besitz der Chemieförderung gelangt.

Da keine anderen Erwerbsmöglichkeiten für in Mansfeld bieten und in den letzten Jahren eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrschte, konnten die Beamten der Verleibung mit den Arbeitern arg

Schindluder treiben.

Ein Vorbild in der Befämpfung der Arbeiter, im Reigen bis eins bis Vier, hatten sie in ihrem Direktor Leopold. Die Kampfsachen nennen ihn wegen seiner „a-u“ arbeiterfeindlichen „Einpflanzung“ „Kamrad Leopold“. Rechten hat revolutionärem Arbeiter, über die Verleibung der Riebedischen Aktien ihren Besitz zu bringen. Man rechnet von 52 bis 65 Prozent, befinden sich in ihren Händen. Es ist schließlich auch kein schlechtes Geschäft für die Aktionäre geworden, stehen doch die Aktien der J. G. Farbenindustrie mit 290 (und noch höher) im Kurs, während ihre Riebedischen Aktien nur mit 164 notiert wurden. Bei diesem Weltmarkt haben aber verhältnismäßig geringe Erträge der Riebedischen Montanwerke abbringen müssen. Generaldirektor der Hoffmann und der Direktor und beidseitige Reichstagsabgeordnete Leopold wurden von Leuna Wert nicht zu übernehmen.

So sind auch die fünf Gruben mit ihren Veranlagen des Oberöbringer Braunkohleneviere in den Besitz der Chemieförderung gelangt.

Da keine anderen Erwerbsmöglichkeiten für in Mansfeld bieten und in den letzten Jahren eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrschte, konnten die Beamten der Verleibung mit den Arbeitern arg

Schindluder treiben.

Ein Vorbild in der Befämpfung der Arbeiter, im Reigen bis eins bis Vier, hatten sie in ihrem Direktor Leopold. Die Kampfsachen nennen ihn wegen seiner „a-u“ arbeiterfeindlichen „Einpflanzung“ „Kamrad Leopold“. Rechten hat revolutionärem Arbeiter, über die Verleibung der Riebedischen Aktien ihren Besitz zu bringen. Man rechnet von 52 bis 65 Prozent, befinden sich in ihren Händen. Es ist schließlich auch kein schlechtes Geschäft für die Aktionäre geworden, stehen doch die Aktien der J. G. Farbenindustrie mit 290 (und noch höher) im Kurs, während ihre Riebedischen Aktien nur mit 164 notiert wurden. Bei diesem Weltmarkt haben aber verhältnismäßig geringe Erträge der Riebedischen Montanwerke abbringen müssen. Generaldirektor der Hoffmann und der Direktor und beidseitige Reichstagsabgeordnete Leopold wurden von Leuna Wert nicht zu übernehmen.

So sind auch die fünf Gruben mit ihren Veranlagen des Oberöbringer Braunkohleneviere in den Besitz der Chemieförderung gelangt.

Betriebsmord!

Schwere Verbrechen durch Starbrom

trag der bei einer Kaufmann in der Mühlenterrassen Papierfabrik beschäftigte 20jährige Fritz Wibel, daß er wurde der Mord in Halle begangen. Wibel wurde die Ursache dieses Unglücks konnten wir bisher noch nichts erfahren.

Das Klassengefühl bürgerlicher Wirtschaftsmeldungen

Wir lesen in der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 13. November 1927 eine Notiz mit über „Berichte über die Arbeitslosen in Frankreich“. Es wird darin ausgeführt, daß die Zahl der in ganz Frankreich offiziell unterrichteten Arbeitslosen am 5. September 8662 gegenüber 10 545 vom 8. Oktober betrug. In der Zeit vom 31. Oktober bis 5. November wanderten 500 ausländische Arbeiter ein und 1168 aus.

Die in dieser Notiz veröffentlichten Angaben über die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist vollkommen wertlos. Zwar magen das die offiziell unterrichteten Arbeitslosen sein, es geben aber nicht einmal annähernd einen Begriff von der wirklichen Größe der Arbeitslosigkeit. In Frankreich gibt es nämlich erstens nur in ganz wenigen Städten eine Arbeitslosenunterkunft und zweitens werden die Arbeitslosen nach 120 Tagen aus der Fürsorge ausgeschickt. Weiterhin gibt die geringe offizielle Zahl kein Bild über die vorhandene Wirtschaftslage in Frankreich, da die Zahl der Kurzarbeiter ebenfalls beträchtlich hoch ist. Selbst nach kürzeren Zeitungen ist die Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen höher als 100 000.

Was welchem Grunde verheimlicht die bürgerliche Presse den wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit? Was meint Du?

Konkurrenz U. G. Wittenberg. In der außerordentlichen Generalversammlung am 10. d. B. wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 100 000 Mark auf 400 000 Mark beschlossen. Die jungen Aktien sollen den alten Aktionären im Verhältnis von 6:1 zum Kurs von 101 Prozent angeboten werden. In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß der voraussichtlich im Februar nächsten Jahres stattfindenden ordentlichen Generalversammlung für das am 31. Oktober 1927 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 9% vorgeschlagen werden soll. Der Aufsichtsrat hat für das Unternehmen werden von dem Vorstand weiterhin günstig beurteilt. Arbeiter, entsprechen eure Löhne nach dem guten Geschäftsjahr?

Wo der Mansfelder Rumpel flägt

U. R. Mansfeld ist arm an mannigfaltiger Industrie. Seit Jahrzehnten reichert es die Mansfelder K.G., den Besitz anderer Produktionszweige zu verdrängen. Die Kalkifizierung des Mansfelder K.G.-Konzerns wurden in Vereinbarung mit dem Kaiserlich-Preussischen Reich, trotzdem große Kalk- und Salpöter vorhanden sind, wofür sie eine Abfindungssumme von 20 Millionen Mark erhielten. Es kommt neben dem Mansfelder Kupferbergbau, noch nach

das Oberöbringer Braunkohlenevier, welches im Bereich der Riebedischen Montanwerke, ist besser gelagert und als hauptsächlichster Produktionsfaktor in Mansfeld in Betracht. Die Mansfelder K.G., sowie die Riebedischen Montanwerke haben in den letzten Jahren ihre Betriebe stark rationalisiert. Das Ergebnis waren jährliche Arbeiterentlassungen. Zur Zeit sind etwa 1000 Arbeiter entlassen worden. Die Riebedischen Montanwerke zürte 9000 bis 3500 Arbeiter beschäftigt, so sind es

heute nur noch 1800 Beschäftigtenmitglieder.

Trotzdem ist heute die Produktionsziffer, trotz geringerer Arbeitskräfte, gestiegen, was unentbehrliche Zahlen beweisen.

Bei den Riebedischen Montanwerken ist jedoch ein Restwettbewerb eingetreten. Die Gemeindeförderung von Leuna umfasst um das unumkehrbare Monopol der mitteldeutschen Braunkohleneviere. Bereits 1924 kauften sie für rund 18 Millionen Mark einen Teil der früheren Riebedischen Gruben im Zeitz-Weißenheller Revier dem Stinnes-Riebed-Montantrust ab, da der Stinnes-Konzern durch eine gewaltige Geldnot gezwungen abtreten mußte. Nur noch 14 Gruben mit Werten gehören dem Riebed-Montantrust. Durch die Entlohnung der Kohlenförderung konzentrierten die Leuna-Könige ihre ganze Kraft auf die Braunkohleneviere, die noch nicht in ihrem Besitz waren. Vor einem Jahr wehrten sich die Kleinaktionäre der Riebed-Montanwerke noch heftig dagegen, bot doch Leuna von dem Aktienworte von sich bei der „Einverleibung“ an, die nur zwei Drittel ihrer Aktien hatten. Es würde aber nichts.

Die Aktionäre der Leuna-Gemeindeförderung haben es vorgezogen, über die Verleibung der Riebedischen Aktien ihren Besitz zu bringen. Man rechnet von 52 bis 65 Prozent, befinden sich in ihren Händen. Es ist schließlich auch kein schlechtes Geschäft für die Aktionäre geworden, stehen doch die Aktien der J. G. Farbenindustrie mit 290 (und noch höher) im Kurs, während ihre Riebedischen Aktien nur mit 164 notiert wurden. Bei diesem Weltmarkt haben aber verhältnismäßig geringe Erträge der Riebedischen Montanwerke abbringen müssen. Generaldirektor der Hoffmann und der Direktor und beidseitige Reichstagsabgeordnete Leopold wurden von Leuna Wert nicht zu übernehmen.

So sind auch die fünf Gruben mit ihren Veranlagen des Oberöbringer Braunkohleneviere in den Besitz der Chemieförderung gelangt.

Da keine anderen Erwerbsmöglichkeiten für in Mansfeld bieten und in den letzten Jahren eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrschte, konnten die Beamten der Verleibung mit den Arbeitern arg

Schindluder treiben.

Ein Vorbild in der Befämpfung der Arbeiter, im Reigen bis eins bis Vier, hatten sie in ihrem Direktor Leopold. Die Kampfsachen nennen ihn wegen seiner „a-u“ arbeiterfeindlichen „Einpflanzung“ „Kamrad Leopold“. Rechten hat revolutionärem Arbeiter, über die Verleibung der Riebedischen Aktien ihren Besitz zu bringen. Man rechnet von 52 bis 65 Prozent, befinden sich in ihren Händen. Es ist schließlich auch kein schlechtes Geschäft für die Aktionäre geworden, stehen doch die Aktien der J. G. Farbenindustrie mit 290 (und noch höher) im Kurs, während ihre Riebedischen Aktien nur mit 164 notiert wurden. Bei diesem Weltmarkt haben aber verhältnismäßig geringe Erträge der Riebedischen Montanwerke abbringen müssen. Generaldirektor der Hoffmann und der Direktor und beidseitige Reichstagsabgeordnete Leopold wurden von Leuna Wert nicht zu übernehmen.

So sind auch die fünf Gruben mit ihren Veranlagen des Oberöbringer Braunkohleneviere in den Besitz der Chemieförderung gelangt.

Da keine anderen Erwerbsmöglichkeiten für in Mansfeld bieten und in den letzten Jahren eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrschte, konnten die Beamten der Verleibung mit den Arbeitern arg

Schindluder treiben.

Ein Vorbild in der Befämpfung der Arbeiter, im Reigen bis eins bis Vier, hatten sie in ihrem Direktor Leopold. Die Kampfsachen nennen ihn wegen seiner „a-u“ arbeiterfeindlichen „Einpflanzung“ „Kamrad Leopold“. Rechten hat revolutionärem Arbeiter, über die Verleibung der Riebedischen Aktien ihren Besitz zu bringen. Man rechnet von 52 bis 65 Prozent, befinden sich in ihren Händen. Es ist schließlich auch kein schlechtes Geschäft für die Aktionäre geworden, stehen doch die Aktien der J. G. Farbenindustrie mit 290 (und noch höher) im Kurs, während ihre Riebedischen Aktien nur mit 164 notiert wurden. Bei diesem Weltmarkt haben aber verhältnismäßig geringe Erträge der Riebedischen Montanwerke abbringen müssen. Generaldirektor der Hoffmann und der Direktor und beidseitige Reichstagsabgeordnete Leopold wurden von Leuna Wert nicht zu übernehmen.

So sind auch die fünf Gruben mit ihren Veranlagen des Oberöbringer Braunkohleneviere in den Besitz der Chemieförderung gelangt.

Da keine anderen Erwerbsmöglichkeiten für in Mansfeld bieten und in den letzten Jahren eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrschte, konnten die Beamten der Verleibung mit den Arbeitern arg



Merseburg-Querfurt

Die Leutschnierliche Volkspartei schnürt Wahlgelder zusammen

Keine Leute, die noch dann genug sind, den Schmarzweilgroßen Gimpelzängern zu folgen lassen, besapfen, weil die Großen ansehend nicht blöden —

Sie rühren sich drüben auf der rechten Seite. Sie daten vor ihre Sache nicht weit her. Aber das dürfen sie ja nicht zugeben, die Herren um den alten Graufopf Schwanert. Die Deutschnationale Volkspartei ist auch die letzte, die irgend etwas nach außen bringen läßt. Im hinteren Zeit hätte man über Auseinandersetzungen in dieser Partei. Und der Moniteur Volksgläubiger hat es verdammt nicht liebt. Was soll er auch machen? Der „Apparat“ verflüchtigt zu viel Geld und dabei muß Herr Volksgläubiger noch sparen am eigenen Leibe. Weich denn wirklich jemand die Arbeit Volksgläubigers (Wirtshaus) kühlen, den man nicht befehligt richtig zu herrschen? Wohl kaum!

Herr Volksgläubiger weiß, daß man Geld zu den Wahlen braucht und daß das alles kommt, wenn es so weit ist, dafür sorgen ja schon die Großköpfe im Reich. Aber jetzt kann das in Aussichtstehende nichts nützen — deshalb muß man am Orte etwas flüchtig machen. Jost kann man ja noch einmal eine kleine Verammlung im Kreise abhalten. Und so kam es zu folgendem Schreiben:

Deutschnationale Volkspartei
Kreisverein Merseburg.

Merseburg (Wilhelmstraße 2), 1927.
Sehr geehrter Herr!

Unser heutiger Vertrauensmann, oder eine mit Ausweis versehenen Vertrauensperson aus dieser Partei, die sich in die schließliche Weise in den Dienst unserer Sache stellen wird, wird demnach mit einer Sammelliste der Namen vorzulegen, um den Betrag oder die Zahl der Wahlspende einzusammeln. Derselbe beträgt für Wandwitzer 10 Pf. pro Wähler, mindestens aber 8 Pf. im Jahr. Denselben Betrag zahlen Beamte und Gehaltsbezieher 6 Pf. pro Wähler. Die Wahlspende wird durch die Partei erhoben und in zwei Halbjahren entrichtet werden. Heute erheben alle Beamten und Gehaltsbezieher 12 Pf. und mehr Jahresbeitrag. Was ist man feiner Partei schuldig?

Die Gemeindef, Landtags- und jedenfalls auch die Reichstagswahlen werden schon im Frühjahr 1928 stattfinden. Sozialisten und Kommunisten arbeiten bereits mit großem Eifer, und der Kampf geht diesmal um rechts oder links, Privatigentum oder Enteignung.

Unterstützen Sie unseren Kampf, die politische Macht wird bei dieser Wahl von uns erobert werden, und die unbedingte Wille und etwas mehr Opferbereitschaft (bei vielen) (11) vorhanden ist.

Mit bestem Gruß
Im Auftrag: die Parteiführerliste. ges.: Volksgläubiger, Geschäftsführer.

Man sieht also, es ist noch mehr Bruch, als man dachte, bei den Leutschnierlichen Elementen. Viele sind es denen, die an Opferbereitschaft manchen 6 Pf. fast jeder Wähler zahlen — 8 Pf. nur der Wandwitzer und Beamte. Das nennt man „gerechte Verteilung der Kosten!“ Herr Volksgläubiger merkt aber selbst, daß das sehr blöde ist, darum schreibt er in seinem Ufas: „Wo wirtschaftliche Schwäche vorliegt, kann der Betrag noch ermäßigt werden.“ Das heißt ja gut deutlich: „Leute, laßt ja nicht davon, wie in den letzten Jahren.“

Ein Erfolg wird ja Herr Volksgläubiger mit seinem Vetterbrief nicht haben, da müßten die Wähler, an die er appelliert, nicht in Merseburg wohnen — die sind doch alle trumm, wenn sie sich bündeln! Vor allem sind diejenigen der Sammelart wenig zugänglich, die große Fabriken haben.

Herr Volksgläubiger erörtern den Wahlkampf der Leutschnierlichen Volkspartei mit Bestehen, sagen die Folge die Wähler, die in den kommenden Wahlen „bestenfalls“ bestreiten, dann ist einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung in Leutschnierlichen

Was Bankrott, Geldstrafe, Anklage? In der Nacht vom Freitag zum Samstag drangen Nachbarn in den Keller, die die Wohnungsbauarbeiten der Leutschnierlichen Volkspartei, die „Schlagabnahme“ das darin befindliche Geld (500 Mark). Obwohl schon in den frühen Morgenstunden die Kriminalpolizei das Tatortfeld der nächtlichen Verbrechen besichtigte, fand sie trotzdem keine Spur. Der andere Knacker arbeitet wahrscheinlich auch schon mit Geschicklichkeit. Die tiefe Einwohnerschaft fragt sich, wie es vornehmen, daß der letzten Teil der Betrag, der die Leutschnierlichen in der Wohnungsbauarbeiten eingetroffen wird, wo doch extra der zweite Volksgläubiger auf A nach A die K eingestuft worden ist? Die Sache muß doch einen Haken haben.

Querfurt. Abt. 1. Kartellbezirksamt. Am Mittwoch, dem 23. November, abends 8 Uhr, findet im „Schützenhaus“ eine außerordentliche Sitzung statt, zu welcher neben den Delegierten auch alle Gewerkschaftsvereine teilhaftig zu erscheinen haben.

Für unsere Kinder

Quer durch den Kaufhaus

(Eine Schilderung, die in Zusammenfassungen unserer Pioniere zu besprechen.)

Zwei Autos bringen sechs deutsche Arbeiter auf der jahrbuchartigen grünlichen Heirats nach Wabitaapas. Die Straße, die Tilsit mit Wabitaapas verbindet und über 200 Kilometer lang ist führt durch die herrliche und romantische Gegend des Kaufhaus. Über 2200 Meter über dem Meerespiegel ist die höchste jener Berggasse hoch.

Während in Tilsit die Sonne heiß niederbrennt und wir gewöhnen sind, uns aller überflüssigen Kleidung zu entledigen, finden wir hier oben zwischen den gewaltigen schneebedeckten Bergen alle nur vorfindbaren Kleidungsstücke und Waden zusammen, um uns gegen die Kälte zu schützen.

Über es ist dennoch eine herrliche Fahrt. Vorüber geht es an steilen Bergfelsen, donnern Wasserfällen und ungläubigen Dörfern, jener kaufmännischen Bergvölker. Diese bauen ihre originellen einförmigen Sitten hinauf in die Berge bis an die Grenze des ewigen Schnees. Ihre Weiber, ihr einziger Reichtum, tummeln sich munter auf den hohen Gipfeln der Berge.

Unsere Autos eine ideale Kurve genommen haben und wir einen weiten Blick auf die bergan gehende Straße bekommen, tanzt einer der Hirtinnenjungen eine kaukasische Volksans, die wir nicht lustig. Nachdem unsere Autos den Jungen erreicht haben, ruf er uns zu: „Spillisch, Koppeln, Tomarisch.“ Freudig übergeben wir ihm unsere Autos, die er mit uns in den Berg führt, eine warf ihm einige Kopfen zu (1 Kopfe gleich 2 Pfennig), andere wieder gab ihm die so sehr begehrten Streichhölzer.

Auch Spuren des Bürgerkrieges, der hier sehr heftig tobte, können wir noch sehen. Rinto oder rechts sehen wir vollkommen zerrüttete Militärstationen der zaristischen Kassen. Diese Bergvölker haben nicht nur gegen die Soldaten des Zaren Krieg geführt, sondern sie haben auch viel früher die Herzieher auf gleiche Art erlitten. Dazu zeigen die teils im Tal und die teils hoch auf Bergen liegenden Burganlagen. Daß sich jene Bergvölker heute frei fühlen, lassen die freudigen Gesänge, die sie führen, erkennen.

Hundert Kilometer haben wir uns zurückgelegt, daß heißt die Hälfte des Weges nach Wabitaapas, jener Stadt, in der die Arbeiter und die weißen Armeen beständig kämpfen haben.

11 000 Motarmisten bedt best der grüne Klee.

Da halten wir an einem noch notwendig aufgeschichteten aufstehenden Gebäude. Ein ehemaliges Hotel, das während des

Kriegs-SPD-Korruption im Saalkreis

52000 Mark Defizit auf Konto des sozialdemokratischen Kreisbauleiters Biedert

Die Bauten des Saalkreises sind ein Kapitel für sich. Sie gehören zu der „eigenen Regie“, die wir in einer unserer letzten Nummern getrennter haben, wobei wir nachweisen, daß es sich um wirtliche Regie überhaupt nicht gehandelt hat. Zu diesen Bauten gehört auch jenes

H in der Alten Promenade

das an Stelle eines abgebrochenen bauwürdigen errichtet wurde. Dieses Haus ist kein eigentlicher Bau des Saalkreises, sondern der Kreisbank und hat eine besondere Geschichte. Ursprünglich sollte die untere Etage zu einem Vergnügungs-Etablissement ausgebaut werden, das eine Leitzige Firma aufsuchen sollte. Es ist selbstverständlich, daß unsere Genossen sich gegen diesen Plan in jeder Weise sträubten. Der Plan kam dann auch nicht zur Ausführung, weil das nötige Geld nicht aufgebracht werden konnte. Nun wurde erzwungen, dort das Zentral-Bad hinzulegen, und zwar durch die Oberin eines am Wallhalda bestehenden Bades, Frau Conrad, die mit dem Kreisbankdirektor Koll darüber verhandelte und einwilligte, die Kosten für den gesamten Innenausbau zu übernehmen. Die Ausführung dieses Planes brachte es mit sich, daß der Bau

fortwährend abgeändert, bereits Aufgebautes immer wieder niedergebrennt und neu gebaut werden mußte.

Es herrschte auf dem Bau, der in den Händen des Kreisbauleiters Biedert lag, infolge dessen ein wüßes Durcheinander. Aber nicht genug damit. Die obere Etage ist statt zu Wohnungen zu einem Geschäftsbetrieb der SPD. gebaut worden.

Wesma-Be (Beamtenvereinerzorgungs-Gesellschaft)

nennst sich diese Firma, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Sozialdemokrat Biedert ist, welcher auch die Räume gemietet hat. Unsere Genossen hatten zu dem Bau bei der Projektierung nur unter der Voraussetzung ihre Zustimmung gegeben,

daß in dieser Etage Wohnungen errichtet werden.

Aber die sozialdemokratischen Nachhaber holten sich den Kreisbankdirektor Koll (den sie jetzt gern zum Sündenbock für ihre Korruption machen wollen) heranzu, und der Auftrag für das kapitalistische Unternehmen der Schaumburg-Richt wurde perfekt gemacht. Jetzt steht man in großen Betrüben auf dem Neubau der alten Promenade über dem „Zentral-Bad“ den Namen prangen: Beamten-Vereinerzorgungs-Gesellschaft.

Aber damit ist noch lange nicht alles gesagt. Während der Kreisbauleiter Biedert nur etwa vier Wochen in Urlaub war, wurden Differenzen festgestellt, und als man der Sache nachging, stellte sich heraus, daß bei der Abrechnung des Baues

ein Fehlbetrag von etwa 52000 Mark

zu verzeichnen war. Biedert, ein Mitglied der SPD, wurde aufgefordert, seine Belege vorzulegen. Aber das konnte er nicht; weil er keine hatte. Seine Abrechnung bestand lediglich aus einem Blatt Papier, auf dem P-ten verzeichnet waren, die kein Mensch kontrollieren konnte. Biedert erbat eine Frist, um die Belege herbeizuschaffen, aber er kann nicht leugnen, daß die 52000 Mark ein unerbittliches Defizit bilden.

Stellhols Entlassung dieses sozialdemokratischen Kreisbauleiters war die Folge.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird der Deckel darüber gelegt.

Biedert hat sich übrigens gegen die einfachsten Regeln seines Amtesvertrages vergangen, indem er auch

Bauten für Privatleute angefertigt hat. So hat er für einen Bau des Gefängnisgefängnis Rudolf in der Großen Steinstraße gearbeitet und das kam erst heraus, weil eine Rechnung über Materiallieferung für diesen Bau irrtümlich an den Kreis gelangt wurde.

Es ist der SPD, natürlich sehr in die Knochen gefahren, daß ihr Kreisbauleiter Biedert sich derartige Dinge hat auszuüben kommen lassen und sie jetzt nicht mehr leugnen, die Verantwortung zu sich abzumähen. Sie versuchen a. den Kreisbankdirektor, jenen Schul in diesem Fall in die Schuhe zu schieben. Aber der Vorgeschichte sowohl von Biedert, als auch vom Kreisbankdirektor heißt Müller, ist Landrat und Mitglied der SPD.

Er trägt die Verantwortung dafür, daß das Treiben von Biedert so lange geduldet werden konnte. Auf sein Konto muß auch die

Kanalarbeit Tatkraft geleistet werden, daß in der Alten Promenade statt Wohnungen ein sozialdemokratisches Handwerksloft eingerichtet wurde.

Und Wohnungen braucht ja der Saalkreis auch nicht. Man kann sich mit dem Angeleiteten der heillosen Wohnungslosigkeit durchsetzen konnte. So kam es auch, daß diesem Herrn Müller auf Anweisung Biederts 20000 Steine geliefert wurden, die auf Rechnung des Saalkreises gingen. Die Steine haben — um im Bild zu bleiben — Tausenden dem Saalkreis nach oben ausgefallen, so viele die heillosen Wohnungslosigkeit an Kosten des Saalkreises. Sie liegt nun offen vor den Augen der Arbeiterschaft, die daraus ihre Konsequenzen ziehen wird.

Gleich 6. Wetten. Fünfzehn Hühner genau ist wurden aus dem Stalle des Kreisbauleiters Biedert. Die Freunde dieses Geflügels sind mit ihrem Braten unermüdet entkommen.

Dominde. Solidarität. In unserem Orte hat sich kürzlich der Arbeiter-Vorklub aufgelöst. In der letzten Sitzung ist beschlossen worden, den Betrag für verteilte Geräte voll und ganz der Internationalen Arbeiterhilfe zu deren Verwendungs zu überweisen. Der VVK ist darauf der Betrag von 35 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Die Arbeiterpartei glaubt, daß sie damit der internationalen proletarischen Solidarität einen guten Dienst erwiesen haben, ist doch die IWA, die Organisation, die wir in unserer Arbeit als Arbeiterpartei der Arbeiterpartei und dafür sorgt, daß die Kampfpartei der Arbeiterpartei nicht geschwächt wird.

Genau. Morgen Gemeindevertretung. Am Dienstag, dem 22. November, 8 Uhr abends, findet bei Baumeyer eine wichtige Gemeindevertretung statt. Dazu ist die gesamte wertvolle Bevölkerung eingeladen. Besonders bringen notwendig ist das Erscheinen der Arbeiterpartei.

Nordhausen

Theaterabend der Nordhäuser „Pro-SP“

Es war wirklich ein Erlebnis, der Theaterabend der „Pro-SP“, der vor kurzem bei Heimenann stattfand. Auf und nieder geht die Sonne und die Luft ist nur ein Schrei, ein Wahnsinn, ein Schrei. Im Mittelpunkt des ersten Teiles lag die sehr ergreifende Begebenheit aus dem Bergarbeiterleben, die „Geleiterten“ von Walter Tropsen. Es muß gesagt werden, daß es der „Pro-SP“ gelungen ist, das Elend der Bergarbeiter zu wiederzugeben, wie es tatsächlich ist. Aber es soll doch damit nicht abgemacht werden, daß welche Klauen über dieses Jammerleben weiten, sondern daß jeder Arbeiter hart werde und daß das Material sich aufricht zum Kampf gegen seine Feinde. Und dann der zweite satirische Teil. Nun, was ist darüber zu sagen? Aber weißt du, daß die „Pro-SP“ den Vogel fliegt auf den Kopf trifft. Es auch hier wieder. Da hand es der Spieler, der uns sagte: „Heißt mich auf, Proletariat, daß ihr nicht noch alle von der kapitalistischen Klasse zum Teufel bringen solltet.“ Aber es nicht möglich, wie er die Zustände in einer gewissen Republik schilderte in seiner satirischen Art und Weise? Was sagte er doch gleich, als er über die Jahrtausendfeier sprach?

Ich glaube, die war alle von Nordhäuser, denn die Barfüßler haben nicht den Bahnhof geküßelt.

Es wird auch mit viel Zeit, daß was wieder da was kommt, denn es bricht doch bald mal zusammen. Und noch nicht einmal die heilige Kell von Konterreuth hat er in Ruhe gelassen. Am Schluß der politischen Revue: „Gebirge Uffia“ gefallt man wirklich Lust, mit auf die Schlemmergesellschaft, die es sich gutgehen ließ, dreimal schlagen, wie es die Arbeiter auf der Bühne taten.

„Hell hinterm“. Eine wirklich schöne Geburtstagsfeier eines bekannten älteren Mannes, welche uns wieder die bekannten Taten des Nordhäuser „Pro-SP“ vor Augen führte, der protestante Kapellist der Junter, der sich über die Dörfer freut, die in den besten Stille stehen —. Dann nicht zu vergessen den Wirt mit seinen gelben Wildpflündern und die schmarzweilene Juncker, die im Waltrane der jungen und alten Jungfernen Deutschlands Gärwünsche darbringt.

Am Schluß wüßten die Arbeiter nicht, was sie mit der ganzen Baganne machen sollten. Es meißt auch wieder die bekannten Taten des Nordhäuser „Pro-SP“ vor Augen geführt, die in den besten Stille stehen —. Dann nicht zu vergessen den Wirt mit seinen gelben Wildpflündern und die schmarzweilene Juncker, die im Waltrane der jungen und alten Jungfernen Deutschlands Gärwünsche darbringt.

Der gemeinliche Gelang der „Internationalen“ (schloß den guten proletarischen Theaterabend. Der VVK kann ein guter Betrag zum Ueberflüssig gegeben werden. Der „Pro-SP“ wüßten mit guten Erfolg in ihrer weiteren Arbeit.

und besonders des Kaufhaus sehen wir dort. Auf einem roten Sockel steht eine selbstgeschaffene Büste Lenins. Auch in die Wohnzimmer der Deiter und in die Spielzimmer führen uns die Kinder. Weiterer weist an Bedarfsgüterkäufen des Lenins als größten Helden ein große Kisten, Geile auf. In der unteren Etage ist das Wohnhaus in erdgeschossener und viel schreier, davon zu erzählen. Wir gehen also hinein, um es näher zu beschreiben.

Die Leiterin kommt uns entgegen und sagt, daß auch einer der Lehrer noch hinzu, und da beide Genossen sehr gut deutsch sprechen erfahren wir nun, was es für eine Bewandnis mit jenem Kinderheim hier, hundert Kilometer entfernt von jeder modernen Kultur, hat. Voll Stolz und Freude erzählen beide, daß sie gerade vor einem Jahre mit neun Genossen, die Genossinnen, die alle in Genesend oder Moskau lübet hat, diese durch den Bürgerkrieg verwüstete und zerstörte Haus mit dem Vorlauf übernommen, hier ein Kinderheim und eine Schule für Dorfkiner ohne irgendwelche Unterhütung und Hilfe der Regierung zu errichten. Sie haben nach mühevoller Arbeit fast Unmenschliches erreicht. Angelpört durch die Erfolge, wollen die Genossen in einigen Jahren noch viel weiter zu führen.

Zwei Arbeiter-Kinder gepündelt

Ein Kapitel vom Nachbenten

Nachbentener Belang des Amtergerichts Bremen liegt uns vor:

Belang!

Den Eheleuten Schmiel Berthold Heinrich Lübbede und Lubwina, geb. Padeeler, Bremen, Neulandswall 79a (Kalterne) wohnhaft, ist durch Beschluß des unterzeichneten Gerichts vom 8. 5. 1927 das Sorgerecht für ihre Kinder Adolf Julius und Lubwina Gertha abgenommen. Die Kinder stehen unter Amptpflegschaft des Jugendamts. Die Eltern weigern sich, dem Pfleger die Kinder Adolf, geboren am 30. 12. 1916, und Lubwina, geboren am 20. 2. 1923, herauszugeben.

Gemäß §§ 1632, 1793, 1915 BGB. wird angeordnet, daß die Kinder dem Pfleger herausgegeben sind.

Gemäß § 6 des Gesetzes über die Ausführung des Reichsgerichts über die Angelegenheit der freien Gerichtsbarkeit vom 18. 7. 1909 ist das Amtergericht des Amtes Bremen, Amtsbezirk Bremen, als Amtergericht für die Ausführung der Angelegenheit der freien Gerichtsbarkeit über die Kinder der Eltern abgenommen und dem Jugendamt zu übertragen.

Bremen, den 6. Oktober 1927.

Das Amtergericht, Abteilung für Vormundschaftsachen (Jugendgericht), ges.: Dr. Barnefen.

Für die Ausfertigung: als Gerichtssekretär des Amtergerichts: Günther, Justiz-Direktor.

Und das Un glaubliche ist bisher eingetreten.

Der Gerichtssozialer Schröder hat die beiden Kinder im Alter von 11 und 4 (!) Jahren mit einem toten Gegenstand gepündelt und gewaltsam den Eltern entziffen!

Wies in Bremen ein Richter in uns nach, daß er unter dem Namen für ein kleines Stimmungsstück aus der „Internationalen“ deutschen Republik: Nur ein kleines, aber ein beachtendes Arbeitermütter! Arbeitermütter! Nicht auch diese Gewalttat des herrschenden Klasse!

Leh die Arbeiter-Kinderzeitung „Die Trommel“

nach nicht alle Zimmer hat wieder vollkommen hergestellt. Nur eins nach dem anderen, so wie man es braucht und die Mittel zusammengetragen hat, so geht es vorwärts. Freudig führten uns einige kleine schwarzköpfige Kinder zu ihrer Lehrerin, die dabei war, im Wartezimmer ein Zimmer, nachdem andere Genossen die Wand repariert hatten, zu verlassen. Dann ging es hinaus in die Schlafkammer der Kinder. Die Wände, wie alle Zimmer, die schon benutzbar waren, waren sauber. Keine Polsterbetten mit genügend Federbetten und bunten Decken sind die Schlafstätten für 33 durch den Bürgerkrieg und die Hungerzeit ebenfalls gewordenen Kinder der umliegenden Beraber. Sich lustig mit uns unterhaltend, ohne daß wir ihre Sprache verstehen konnten, zeigten uns die Kinder voller Zutrauen ihren Freund die einzigen Zimmer. Die Leiterin, die uns zeigte, zeigte uns auch und erklärte uns dann, was die kleinen vorder Herdplatte alles mitteilen hatten.

Von den Schlafzimmern geht es zum Unterhaltungssaal. Kleine Tische und Stühle, an den Wänden Wandtafeln der Kinder in grünlischer Sprache, Bilder der revolutionären Führer Kaufhaus

